

Deutschlands Rolle in der Welt



Liebe Leserinnen und Leser,

der internationale Ruf nach einem deutschen »Mehr« wird wieder lauter: mehr Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik, mehr internationale Verantwortung, mehr Investitionen in die Verteidigung.

Bezüglich des ersten Punktes sind wir kürzlich einen Schritt weitergekommen: Deutschland konnte sich zusammen mit 24 weiteren EU-Staaten auf die »Ständige strukturierte Zusammenarbeit« (PESCO) einigen. Hinter den anderen Punkten steht momentan indes noch ein großes Fragezeichen. Der Wehrbeauftragte der Bundeswehr Hans-Peter Bartels forderte letzten Monat gar, die Zahl der Bundeswehreinsätze zu prüfen und gegebenenfalls zu verringern. Bedeutet das mehr oder weniger Verantwortung?

Zusammen mit unseren Autoren zeichnen wir nach, wie es um Deutschlands Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik steht. Befindet sich Deutschland tatsächlich noch in der »Selbstfindungsphase« oder hat es seinen Platz in der internationalen Sicherheitsarchitektur bereits gefunden? Wie viel und welche Art von Verantwortung möchte Deutschland überhaupt übernehmen? Und wie geht die deutsche Bevölkerung mit der internationalen Erwartungshaltung um?

»Man hat die Deutschen entweder an der Gurgel oder zu Füßen.«

Sir Winston Churchill, Deutschlandkenner aufgrund zweier Weltkriege

Darüber hinaus richten wir unseren Blick auch auf unseren Nachbarn im Osten: Unsere Autoren analysieren, welche Einflussmöglichkeiten Russland nutzt, um EU-Bürger zu beeinflussen und wie wir Sicherheitspolitik mit Russland gemeinsam gestalten können.

Weitere Beiträge – unter anderem zu Lehren aus Libyen und dem Ringen um Kurdistan – runden diese Ausgabe ab. Wir wünschen wie immer eine anregende Lektüre!

Die ADLAS-Redaktion



Geschäftsführender Aufbruch in neue Phase europäischer Sicherheit: Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Außenminister Sigmar Gabriel unterzeichneten am 13. November 2017 das Grundsatzdokument der »Permanent Structured Cooperation«, kurz PESCO in Brüssel.

INHALT

► DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT

- 6 STRATEGIE: **Politik, die keine sein will**
Warum vom deutschen Bürgertum eine kluge Europa- und Weltpolitik kaum zu erwarten sein dürfte.
- 10 VERMITTLUNG: **Deutschland in der »Strommitte«**
Ein Kommentar zur Suche nach Deutschlands Rolle in der internationalen Politik.
- 12 ENGAGEMENT: **Deutschland und die Blauhelme**
Deutschlands Einfluss und neue Rolle in der Welt leiden darunter, dass es über Jahrzehnte kaum Blauhelme stellte.

► EUROPA UND SEINE NACHBARN

- 19 IRAK: **Hüter des verlorenen Staates**
Die Sicherheit der Kurden im Irak garantieren die Peschmerga. Doch deren Fundament ist wackelig.
- 27 WELTADLAS PESCHMERGA: **Ringen um Kurdistan**
Ausdehnung und Schrumpfung kurdischen Autonomieregion im Irak.
- 28 NAHOSTKONFLIKT: **Israels Strategie gegen internationale Kritik**
Warum die Einflussmöglichkeiten der EU auf Israel schwinden.
- 32 STABILISIERUNGSZIELE: **Hilfe, Hilfe – wenn die EU den Süden entwickeln will**
Die gesetzten Ambitionen Europas für die südliche Nachbarschaft sind kühn und drohen zu scheitern.
- 35 RESPONSIBILITY TO PROTECT: **Schöner Verantworten – Lehren aus Libyen**
Der Versuch internationale Verantwortung zu übernehmen und das mögliche Scheitern an eigenen Idealen.



Ab durch die »Strommitte« Seite 10

Foto: Kugler / Bundesregierung / Public Domain



Kein Staat mit der Peschmerga Seite 19

Foto: Peschmerga von Kurdistanstrugle / flickr / CC BY 2.0

INHALT

- 40 **RUSSLAND: Der verstrichene Sicherheitsvertrag**
Die Hintergründe und potenziellen Auswirkungen einer revolutionären Idee für Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok.
- 47 **RUSSLAND: (Des)Information? Russlands Einfluss in Deutschland**
Wie arbeiten die Auslandsmedien Russia Today und Sputnik in Deutschland und welche Ziele verfolgen sie?
- **REZENSIONEN**
- 51 **»Führungsmacht Deutschland: Strategie ohne Angst und Anmaßung«**
Der Think-Tanker Jan Techau und der Journalist Leon Magasarian zeichnen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik einen Weg des »dienenden« Führens vor.
- 52 **»Der Ukraine-Konflikt, Russland und die europäische Sicherheitsordnung«**
Der Sammelband des Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Michael Staack setzt auf wissenschaftliche Analyse statt politischer Schuldzuweisungen.
- 53 **»Kriegsgefahr im Pazifik? Die maritime Bedeutung der sino-amerikanischen Rivalität«**
Der SWP-Experte Michael Paul geht der Frage nach, welche Auswirkungen China Aufstieg zur Vormachtstellung in der Welt haben dürfte.

- 2 EDITORIAL
3 INHALT
55 IMPRESSUM UND AUSBLICK



Foto: During the visit the new Russia Today broadcasting centre / Kremlin.ru / Public Domain

BEDIENUNGSANLEITUNG: Liebe Leserinnen und Leser,

wussten Sie schon, dass Sie sich durch den *ADLAS* nicht nur blättern, sondern dass Sie sich auch **durch unser eJournal klicken** können? Neben den Internetverknüpfungen, denen Sie über unsere Infoboxen »Quellen und Links« in das World Wide Web folgen können, ist jede Ausgabe unseres Magazins intern verlinkt.

Über das Inhaltsverzeichnis können Sie durch das Heft navigieren: Klicken Sie hier einfach auf einen Eintrag, oder das Bild dazu, und schon springen Sie in unserem PDF-Dokument auf die gewünschte Seite.

Am Ende eines jeden Beitrags finden Sie die Text-Endzeichen **...**. Klicken Sie einmal darauf und schon kommen Sie wieder auf die Seite im Inhaltsverzeichnis, von der aus Sie in den Beitrag gesprungen sind. Welchen Weg Sie auch bevorzugen – wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!

DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT

Die Frage nach mehr Engagement und Verantwortung bei der Stabilisierung von Konfliktregionen ist in erster Linie eine innenpolitische. Während deutsche Einsatzkräfte vor Ort von Partnern Wertschätzung erfahren, steht eine Mehrheit der heimischen Bevölkerung Auslandsmissionen skeptisch bis ablehnend gegenüber. Warum ist die Debatte darüber hierzulande so schwierig und verheißt die Vermittlerrolle für Deutschland die goldene Mitte?



Foto: German Police Project Team von ResoluteSupportMedia / flickr / CC BY 2.0



POLITIK, DIE KEINE SEIN WILL

VON MORITZ RUDOLPH

Christoph Möllers zeichnet ein ziemlich unsympathisches Bild von einem deutschen Bürgertum, das sich stets im Recht sieht, in Regeln vernarrt ist und den politischen Streit fürchtet. Stimmt das, dann dürfte vom deutschen Michel kluge Europa- und Weltpolitik wieder einmal kaum zu erwarten sein.

Als Angela Merkel im Frühjahr 2017 nach Washington reiste, deuteten das nicht wenige als Ablösung der alten Vormacht des Westens, die jetzt einen Narren zum Präsidenten hat und auf die darum kein Verlass mehr ist, durch die neue, »letzte Verteidigerin der liberalen Weltordnung«, wie die New York Times schrieb. In der außenpolitischen Community der Bundesrepublik dürfte man hellhörig geworden sein. Seit Jahren schon mehren sich dort die Stimmen, die zu »mehr Verantwortung« mahnen und die deutsche Trittbrettfahrermentalität geißeln.

Mit Trump wird der Ton noch ein bisschen dringlicher, selbst die Kanzlerin räumt jetzt ein: »Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei. Das habe ich in den letzten Tagen erlebt. Und deshalb

DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT: STRATEGIE

kann ich nur sagen: Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen.« Dass auf Deutschland als Europas Zentralmacht dabei besondere Aufgaben zukommen werden – und sei es nur, um jenes einige Europa herzustellen,

schlecht, zeigen sie doch an, dass man die richtige Lösung, die eine neutrale Stelle ermitteln und dann umsetzen muss, noch nicht gefunden hat. Zwischen politischer Idee und wahnhafter Ideologie gibt es in diesem Weltbild kaum einen Unterschied, beides

»Überall setzen sie sich massiv ein, ihre Ansichten kommen mit dicken Hintern.«

Gottfried Benn über die Deutschen

das sein »Schicksal« selbst in die Hand nehmen kann – ist offenkundig. Nur: Was sagen die Deutschen dazu? Wer sind die, die diese Last schultern sollen? Was ist von ihnen zu erwarten, wenn es künftig tatsächlich ein wenig deutscher zugeht in der Europa- und Weltpolitik?

Vor einigen Wochen hat der Berliner Staatsrechtler Christoph Möllers in seinem MERKUR-Aufsatz »Wir, die Bürger(lichen)« ein Bild vom deutschen Bürger – auf den es im Zweifelsfall politisch ankommt – gezeichnet. Der kommt darin nicht gut weg. Er sei rechthaberisch, institutionengläubig, nicht zur Empathie fähig und hält Politik für eine recht unerquickliche, entbehrliche Sache. Streitereien über die gute gesellschaftliche Ordnung wären ihm zutiefst suspekt, Entscheidungen darüber würde er am liebsten neutralen Institutionen überlassen, die das sachlich Notwendige tun und ihn vor unkontrollierbaren Mehrheiten schützen: Verfassungsgericht, Zentralbank, Techniker- und Expertenkreise – alles, was mit detaillierten Regeln, ruhig, sachlich, paragraphengestützt und ohne Streit auskommt, sei gut.

Aufeinanderprallende Meinungen, die in die Öffentlichkeit gezerzt werden, sind dagegen

läuft notwendig auf affektgeladenes Gezänk hinaus, das der guten, weil korrekten Sache nicht dienlich, also – um es in Merkelscher Diktion zu sagen – »nicht zielführend« ist.

Wer das anders sieht, wer noch streiten möchte über die gute Ordnung, wer unzufrieden ist mit dem gegenwärtigen Stand der »Verregelung«, der muss zur Raison gerufen werden, im Innern wie im Äußeren. Dass etwa jemand nicht einverstanden ist mit jener deutschen Sparlogik, die die Bundesrepublik in den letzten Jahren in der Eurozone durchgesetzt hat, versteht man nicht. Dass so manche europäische Regierung die Flüchtlingsfrage anders beantworten möchte als Berlin auch nicht. Überhaupt ist, »die Überzeugung, dass Deutsche die besseren Europäer seien, ist in Deutschland so verbreitet, dass schon der Bundesaußenminister sein eigenes Volk vor ihr warnt.«

Dieser »Rationalnationalismus« der Mitte, wie Möllers ihn nennt, kann viel gefährlicher werden als schwärmerische Heimatliebe, die immerhin noch sehen kann, dass etwas schief läuft im eigenen Land. Denn schief läuft schon lange nichts mehr im irdischen Traumstaat, der nichts als die universale Vernunft zum Gesetz hat.



Foto: Bild-Zeitungs-Cover am 7. Juli 2015 von Karl-Ludwig Poggemann / flickr / CC BY 2.0

Wie werden spätere Historiker den Zeitgeist der Ära Merkel einschätzen? Als Neo-Wilhelminismus mit Internetanschluss?

In auswärtigen Angelegenheiten verhält es sich ganz ähnlich, auch hier dominiert ein bürgerlicher Politekel: »Nach 1989 erschien die Möglichkeit greifbar, Außenpolitik im Aufbau internationaler Institutionen aufgehen zu lassen, die moralische und technische Anliegen miteinander verbinden. Der Traum währte bekanntlich nur ein gutes Jahrzehnt und ging mit dem 11. September 2001 zu Ende.« Doch während manche Länder des Westens schweren Herzens Abschied nahmen von postpolitischen Blümenträumen, hielt man in Deutschland an ihnen fest. »Heute wirken die außenpolitischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre wie ein Spiegelbild der innenpolitischen Szene. Irritierte formsichere Bürger stoßen auf politische Rabauken. Doch beherrschen diese Rabauken im Äußeren,



»Ich will, dass es einen europäischen Verfassungsvertrag gibt, der ein föderales Europa schafft...wer dann dagegen ist, der geht dann eben aus der Europäischen Union heraus.« Und auch ein Martin Schulz, der zumindest hierzulande als großer Europäer gilt, präsentierte sich in seiner Rede auf dem SPD-Parteitag im Dezember 2017 in der Tradition des deutschen Zuchtmeisters, der die Welt bei gleichzeitiger Strafandrohung beglücken will.

namentlich die Russen, die alteuropäischen Künste der diplomatischen Finten und Intrigen, die dem an Institutionen und Regeln hängenden alten Westen abhandengekommen zu sein scheinen.« Der von Politekel Befallene kann sich Weltpolitik nur noch als Zerrbild von Kants ewigem Frieden vorstellen – als ewige Normenbefolgung zu vorher festgelegten Bedingungen. Die geschicktesten Verwalter und Rechtsausleger, die sich Rat von den gescheiterten Experten einholen, sollen dann das Sagen haben.

Am liebsten wäre ihm, es gäbe nur noch sachorientierte »Global Governance« und überhaupt keine Politik mehr, bei der jemand eine nicht in den Statuten festgelegte Entscheidung treffen könnte, während ein anderer auf der Strecke bleiben muss, der dann ungeduldig darauf wartet, bis er selbst zum Zuge kommt und die Ordnung wieder verschieben kann. Das wäre nämlich ein Regel- und Ordnungsbruch und da wird der deutsche Bürger, wie Möllers ihn beschreibt, ungehalten.

Interessant an Möllers Diagnose ist der historische Vergleichsraum, den sie eröffnet, denn sie hat eine Geschichte. Kurt Tucholsky spottete 1925 über den »Primus«: »Deutschland, Deutschland, über alles kann man dir hinwegsehen – aber daß du wirklich nur der Primus in der Welt bist: das ist bitter.«; »seine Artigkeit ist Mangel an Phantasie«, »Der Deutsche, wie er sich in den Augen eines Romanen spiegelt, ist zu musterhaft. Pflicht – Gehorsam – Arbeit: es wimmelt nur so von solchen Worten bei uns, hinter denen sich Eitelkeit, Grausamkeit und Überheblichkeit verbergen«

Während wir auf der Suche nach historischen Spuren deutscher Rechthaberei bei Tucholsky fündig werden, erinnert Möllers Kritik des Unpolitischen an Kurt Sontheimers These von der Politikaversionstradition, die vom Kaiserreich bis in die frühe Bundesrepublik hineinragt – sie zeigt sich im duckmäuserischen Untertan oder in der etwas sympathischeren epikureischen Haltung, die das gute Leben nicht in der Politik sucht. Gegen beide Typen des Raushalters haben die Größen des politischen Denkens in der Nachkriegszeit angeschrieben – Dolf Sternberger, Hannah Arendt, Franz L. Neumann, Jürgen Habermas. Mit einigem Erfolg, wie man lange dachte. Der Übergang vom »Untertanengeist« zur »civic culture« schien spätestens in den 70ern geglückt, wie Gabriel Almond und Sidney Verba in ihrer großen Studie über die politischen Kulturen des Westens behauptet haben. Der darin diagnostizierte

politische Beteiligungszuwachs der Bundesbürger legte nahe, dass wir es eigentlich schon geschafft haben, dass wir aus dem Größten heraus sind. Möllers These ist, dass wir es nicht sind.

Sie deckt sich mit sorgenvollen Außenansichten, von denen in letzter Zeit wieder häufiger zu lesen ist. »Seid nicht so tugendhaft!«, forderte etwa Arnaud Leparmentier, leitender Redakteur der Tageszeitung »Le Monde«: »Exportrekorde, sinkende Arbeitslosigkeit, dazu noch ein Herz für Flüchtlinge – manchmal geht uns unser tugendhafter Nachbarn ein bisschen auf die Nerven. Besonders dann, wenn wir den Eindruck haben, dass die Deutschen anderen europäischen Ländern vorschreiben, wie sie zu leben haben – oder besser: wie sie zu sparen haben.«

Ins selbe Horn stieß vor vier Jahren der italienische Philosoph Giorgio Agamben mit seinem Vorschlag zur Gründung eines »lateinischen Reichs« als Gegengewicht zur deutschen Dominanz. Agamben stellt die mußevolle Poesie des Südens der kühlen nordischen Rationalität gegenüber und greift damit auf eine Idee zurück, die Alexandre Kojève bereits unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hatte. Er befürchtete eine neuerliche deutsch-protestantische Hegemonie, die die falschen Ideen für Europa hat und dem Kontinent nicht guttut. Dagegen setzte Kojève den lateinisch-katholischen »Tiefensinn für Schönheit« und jene »Kunst des Spielerischen«, die die angestrengtesten Deutschen einfach nicht beherrschen.

Wenn das alles zutrifft – Möllers Diagnose vom unpolitischen, rechthaberischen Bürger, die mehr sein könnte als rein willkürliche Selbstbespiegelung, weil sie sich mit historischen Vorläufern und Außenansichten deckt, dann sind der deutschen Weltrolle, die sich manche wünschen, enge Grenzen gesetzt. Es wird dann eine ganz besondere Rolle sein: die des unerbittlichen Zwingmeisters, der auf Regelbefolgung im Weltmaßstab pocht und sich wundert und schnell

DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT: STRATEGIE



Foto: Björn Hawlitschka

Hinweisschild am Treppenaufgang im Berliner Dom. Die Hierarchisierung der wilhelministischen Gesellschaft machte auch vor der Kirche keinen Halt. Und wenn es möglich gewesen wäre, wahrscheinlich nicht einmal vor dem Paradies. Doch der Hang zur Aus- und Abgrenzung hat dem deutschen Bürgertum weder damals noch heute gut getan.

genervt ist, wenn das einer anders sieht. Eigentlich – und darin liegt die Tragik der Sache – will die Bundesrepublik das alles gar nicht. Viel lieber möchte sie sich in ihrem weltpolitischen Epikureismus heraushalten aus den großen Weltangelegenheiten und so etwas wie eine sehr große Schweiz sein. Aber weil sie dafür – zumindest in Europa – zu groß ist, so groß, dass selbst ihre Meinung stets zum gesamteuropäischen Politikum

wird, setzt sie sich zähneknirschend mit den anderen zusammen, verschanzt sich hinter Verfahrensregeln und ist schnell genervt, wenn einer über partikuläre Interessen reden will.

Kaum einer in der überaus vorsichtigen (außen-) politischen Community der Bundesrepublik hat Großmachtgelüste. Sie greift ja nicht beherzt nach der Macht in Europa, alle Befürchtungen vom »Vierten Reich«, die manche anlässlich der Wiedervereinigung hatten, treffen den Kern der neuen deutschen Rolle nicht. Keiner will sie so richtig, aber jetzt ist sie nun mal da.

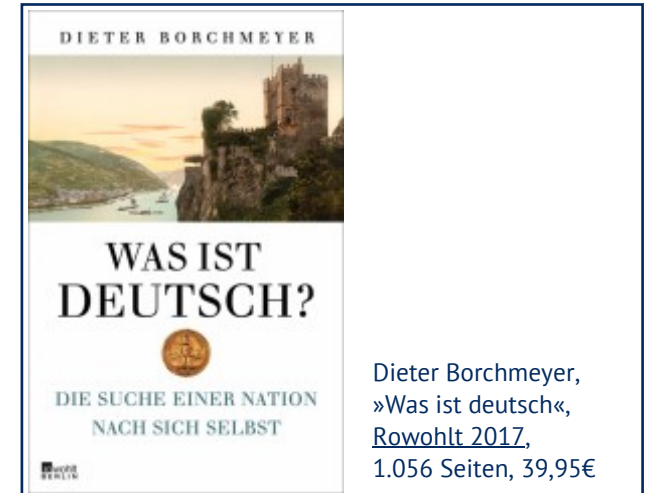
Polens ehemaliger Außenminister Radosław Sikorski hat vor einigen Jahren bekannt, er habe inzwischen nur noch Angst vor zu wenig deutscher Führung, nicht mehr vor zu viel. Noch mehr Angst als Sikorski vor einem apathischen Deutschland dürften allerdings die apathischen Deutschen vor Sikorski haben. Denn derlei Erwartungen sind ihnen unangenehm, vor groß vorgetragenen Führungsansprüchen schrecken sie mit historisch guten Gründen zurück und deshalb wollen sie alles ganz korrekt machen, so korrekt, dass sie das Politische ausdünnen. Denn eigentlich möchten sie ihre Ruhe haben und nicht die Welt organisieren. Der »Guardian« hat das erkannt, als er den Verdacht äußerte: »Merkels Ziel für das Treffen mit Trump: deutsche Autos verkaufen und nicht die Weltordnung retten«.

Moritz Rudolph ist Doktorand am Leipziger Institut für Politikwissenschaft. Zuvor hat er Politik, Geschichte, Ökonomie und Philosophie in Leipzig, Berlin, Lyon, Paris, Brügge und Tübingen studiert.

...

Quellen und Links:

Beitrag »Wir, die Bürger(lichen)« von Christoph Möllers aus dem MERKUR vom Juli 2017.



Dieter Borchmeyer,
»Was ist deutsch«,
Rowohlt 2017,
1.056 Seiten, 39,95€

Was sims wir für 1 Volk vong Nation her?

Um es gleich vorab zu verraten, auch nach der Lektüre der über 1.000 Seiten wird die Titelfrage nicht zu beantworten sein. Außer, dass das Fragen dieser Frage offenbar symptomatisch für eine Vielzahl schlauer Köpfe ist, die in deutschen Landen lebten und leben. Die von Dieter Borchmeyer den Titel gebende Frage ist sozusagen als Interviewfrage zu verstehen mit der der Literaturwissenschaftler durch die Jahrhunderte zieht, um zahlreichen Zeitzeugen endlich wieder ihr eigenes Wort zu geben, dass allzu oft späterer Geschichtsklitterung zum Opfer gefallen ist, so zum Beispiel besonders im Fall Johann Wolfgang von Goethes. Heraus gekommen ist ein umfangreiches Werk, das viele Missverständnisse bei der Entdeckung des Deutschtums entlarvt, die nicht nur einstmals für die Bildung eines Nationalbewusstsein fatale Wirkung entwickelten, sondern auch heute als Irr-Narrative immer noch und wieder mal verbreitet sind. Daher dürfte die Lektüre National-Konservativen und deutschen Leitkulturisten eine Katharsis bescheren. Somit ist das Buch in den Händen einer Leserschaft, die in diesem Leben nicht mehr mit Patriotismus oder ähnlichen Allüren anfangen will, wohl besser aufgehoben.

DEUTSCHLAND IN DER »STROMMITTE«

EIN KOMMENTAR VON NELE MARIANNE EWERS-PETERS

Mit seiner Forderung auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz, Deutschland müsse bereit sein »mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde«, brachte Joachim Gauck einen Stein ins Rollen. Nicht nur in den internationalen Debatten, sondern auch in der deutschen Öffentlichkeit werden die Stimmen immer lauter, dass sich Deutschland profilieren und mehr in seine Militärausgaben investieren müsse. Es nimmt einerseits seit jeher eine antimilitärische Haltung ein und versucht sich als »Zivilmacht« zu vermarkten. Auf der anderen Seite kann es nicht funktionieren, sich ausschließlich des »soft power« Ansatzes zu bedienen, will man sich den Herausforderungen des sich immer wieder ändernden Sicherheitsumfeldes stellen. Trotz der Töne, Deutschland müsse endlich handeln, hat es eigentlich schon längst seine Position gefunden: Als Land in der »Strommitte« versucht Deutschland in seiner Rolle als Vermittler Einfluss auf die internationale Politik zu nehmen.

Bei der Formulierung und Implementierung deutscher Interessen spielen immer wieder multilaterale Foren – wie die EU und Nato – eine zentrale Rolle. Jedoch wurde Deutschland zuletzt vermehrt als Trittbrettfahrer dargestellt, weil es seinem Versprechen, seine Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des BIP zu erhöhen, nicht nachkomme. Dabei wird jedoch häufig vergessen, welche Rolle die Bundesrepublik in der internationalen Politik spielt. Bereits seit Gründung der Bundesrepublik und verstärkt seit dem Ende des Kal-



Arbeitssitzung auf dem G-20 Gipfel 2017 in Hamburg unter der Leitung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

ten Krieges befindet sich die Bundesrepublik in der »Strommitte«. In der Vergangenheit wurde des Öfteren die Frage aufgeworfen, wie sich Deutschland mit seiner geographischen, kulturellen und wirtschaftlichen Position effektiv international engagieren kann. Diese Frage stellt sich jedoch gar nicht mehr! Denn Deutschland hat sich bereits hinsichtlich seiner Außen- und Sicherheitspolitik positioniert. Als Vermittler zwischen der EU und der Nato, zwischen Ost – insbesondere Russland –

und West, und zwischen Europa und Nordamerika hat sich Deutschland ebenfalls als Vermittler zwischen Diplomatie und dem Einsatz militärischer Mittel in Stellung gebracht. Dank seines weit gespannten Netzwerkes von bilateralen und multilateralen Beziehungen kann es sich effektiv und vermittelnd in die internationalen sicherheitspolitischen Herausforderungen einbringen.

Deutschland hat sich klar für gewaltfreie, diplomatische Lösungen von Krisen und Konflikten

Foto: »Erste Arbeitssitzung der G20-Staats- und Regierungschefs von Kuglere« / Bundesregierung / Public Domain

DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT: VERMITTLUNG

ausgesprochen, bei denen militärisches Vorgehen nur das letzte Mittel sein kann. Dies wurde bei der Suche nach Lösungen in den Balkan Konflikten in den 1990er Jahren, aber auch zuletzt im Ukraine Konflikt deutlich.

Hierbei ist der multilaterale Rahmen durch die EU und Nato nicht nur hilfreich, sondern maßgeblich und essenziell. Daher ist eine gut funktionierende sowie freundschaftliche EU-Nato Kooperation unabdingbar, die in Zukunft zu einer Selbstverständlichkeit werden sollte. Nur durch die Stärke beider Organisationen kann Krisenmanagement erfolgreich sein. Genau hier kann Deutschland mit seiner Position der »Strommitte« die zentrale Rolle spielen, um zwischen den Stärken beider Organisationen – diplomatische und ökonomische Fähigkeiten der EU und militärische Mittel der Nato – zu navigieren und koordinieren. Die beiden Rollen – Deutschland als Vermittler und als Zivilmacht – stehen dabei nicht im Gegensatz. Als Zivilmacht trägt Deutschland nicht nur zum zivilen

Krisenmanagement der EU dabei, sondern gleichzeitig zu den Nato-Missionen, die zunehmend auf zivile Fähigkeiten angewiesen sind. Vielmehr handelt es sich bei den beiden Rollen Deutschlands um dessen zentralen Stärken in der internationalen Sicherheitsarchitektur. Deshalb muss auf Deutschlands sicherheitspolitischen Agenda ganz weit oben stehen, diese Stärken zu komplementieren, um sich mit diesen künftig erfolgreich im multilateralen Krisenmanagement zu engagieren. Diplomatische Durchsetzungskraft, ökonomische Stärke und die Betonung auf gewaltfreie Konfliktlösung können die Fähigkeiten anderer Staaten gut ergänzen. Damit wählt Deutschland einen dritten Weg: Die intensive Konzentration auf eigene Fähigkeiten wie die Vermittlung als Zivilmacht ohne dabei anderen Bündnispartnern im Weg zu stehen. Damit kann auch verhindert werden, dass ein verstärktes Engagement im internationalen Krisenmanagement zu einer Militarisierung und Aufrüstung der Bundesrepublik führt.

Es werden nicht alle Bündnispartner mit Deutschlands Rolle als Vermittler zufrieden sein, aber die wichtigsten Kooperationspartner Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten sowie die EU und Nato werden lernen, Deutschlands Position in der »Strommitte« insbesondere bei der konstruktiven Konfliktlösung schätzen zu lernen. Aber auch Deutschland selbst muss sich seiner neuen Rolle gerecht werden: Denn schon längst ist klageworden, dass sich Deutschland mit seinen Fähigkeiten intensiver am internationalen Geschehen beteiligen muss.

Nele Marianne Ewers-Peters ist Doktorandin und Lehrbeauftragte im Bereich Internationale Beziehungen an der University of Kent, Großbritannien. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit der Rolle von Mitgliedsstaaten in der EU-NATO Kooperation sowie mit nationalen Positionen im Bereich Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

...

Quellen und Links:

Gauck, Joachim (2014): "Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen". Eröffnungsrede auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz, 31. Januar, München.

Himmrich, Julia/Raynova/Denitsa (2017): EU-NATO cooperation: protecting the institutional relationship from political storms.

Leithäuser, Johannes (2017): Warum Deutschland für die NATO so wichtig ist, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, veröffentlicht am 17. Februar 2017.

Zeit Online (2014): Gauck fordert entschiedenere Außenpolitik Deutschlands, in: Zeit Online, veröffentlicht am 31. Januar 2014.

Foto: Kugler / Bundesregierung / Public Domain



Wer in der Strommitte voran kommen will, muss ein schnittiges und funktionstüchtiges Boot haben.



Foto: Begrüßung von General Poschwatta durch hochrangige UNAMID-Vertreter von Josef Kranawetvogl / Bundeswehr / Public Domain

DEUTSCHLAND UND DIE BLAUHELMER

VON MORITZ BRAKE

Die Probleme der Welt oder der UN würden nicht dadurch gelöst, dass Deutschland und seine demokratischen Partner schlagartig Tausende von Blauhelmsoldaten in die Missionen entsandten. Es wäre aber mehr als nur ein Signal, wenn Peacekeeping-Missionen nicht zur überwältigenden Mehrheit von Soldatinnen und Soldaten wirtschaftlich und politisch schwacher Länder bestückt würden, die dann bei geringer öffentlicher und politischer Beachtung von den reicheren Ländern finanziert werden.

»Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« Die so für Deutschland im Grundgesetz formulierte Überzeugung ist Kern und Ursprung aller anderen Prinzipien, die unsere Gesellschaft – aber auch alle Demokratien und die Vereinten Nationen tragen. Hier ist auch nicht die Rede von der Würde allein deutscher oder europäischer Menschen.

Es geht um mehr: Die Menschenwürde umfasst alle Menschen, egal wo sie leben, oder welchen Pass sie besitzen. Ich als Soldat der Bundeswehr habe einen Eid geschworen, »das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.« Nicht einfach »das deutsche Volk« oder irgendein Territorium, sondern »Recht und Freiheit« dieses Volkes. Dessen Freiheit und Recht sind aber ohne

DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT: ENGAGEMENT

allgemeine Menschenwürde nicht denkbar. Damit habe ich als deutscher Soldat einen Eid geleistet, der zwar von einem territorial begrenzten Staat eingefordert wird, aber in Konsequenz seiner Wertebasis keine Grenzen und Unterschiede zwischen Menschen kennt.

So wenig, wie sich nun Deutschland aus der Verantwortung ziehen kann, wenn Menschen jenseits der eigenen Staatsgrenzen leiden und drangsaliert werden, ist es auch als Soldat der Bundeswehr meine Pflicht, die Würde aller Menschen zu achten und zu schützen – gleich welcher Nationalität. Aus diesem Grund kann weder Deutschland Macht- und Interessenspolitik auf Kosten Anderer betreiben, noch ich mich als Soldat der Bundeswehr einfach auf Befehl und Gehorsam berufen, wenn ich in einen bewaffneten Einsatz gehe: Beides, mein Einsatz im Kleinen, wie Außenpolitik im Großen, muss aus Überzeugung in Achtung und zum Schutz der Würde der Allgemeinheit geschehen. Und meine persönliche Erfahrung als Blauhelmsoldat (UNIFIL 2007) und zwei weiteren bewaffneten Auslandseinsätzen mit UN-Mandat für die Europäische Union (EU ATALANTA 2010 und 2011), bestätigt, dass wir – als Staat und als Soldaten – uns daran halten.

Ich bin, ganz wie Helmut Schmidt es einstmals der Bundeswehr versprach, als Soldat von diesem Staat nicht missbraucht worden. Dort, wo ich im Einsatz war, vor der Küste des Libanons und bei der Bekämpfung somalischer Piraterie, war ich im glaubwürdigen und greifbaren Interesse der Menschen vor Ort; für deren Schutz und unsere gemeinsamen Überzeugungen. Während beispielsweise in Somalia in der Hochphase der dortigen Piraterie vielleicht 10.000 Menschen daran verdient haben, haben die 10.000.000 übrigen Bürgerinnen und Bürger des Landes unter den Folgen gelitten: Gewalt, Korruption, weiterer wirtschaftlicher und staatlicher Verfall. Die Kosten durch Piraterie für die reichen Industriestaaten

waren nie annähernd hoch genug, um damit eine militärische Intervention zu rechtfertigen – Schwankungen im globalen Ölpreis treffen die maritime Wirtschaft finanziell regelmäßig härter.

Es war die eskalierende Gefahr für die Menschen in der Region und die Opfer auf See, die ein internationales Eingreifen gegen somalische Piraterie nötiger machte als alles andere. Wir wurden vor Ort von somalischen Fischern angefleht, sie von den Piraten zu befreien. Ich habe so als Soldat erfahren, dass ich diesem Staat, seinen Motiven und seinem Handeln vertrauen kann – mit meinem Leben und meinem Gewissen.

Frank-Walter Steinmeier bezeichnete Deutschland in dieser Rolle »neu« in unserer eigenen

Geschichte, aber auch »neu« im Vergleich zum leider immer noch weit verbreiteten nationalistischen »ich zuerst«-Verhalten vieler anderer Nationen – als »Reflective Power«. So sieht er in seinem Foreign Affairs-Artikel aus dem Juli 2016, damals noch Außenminister, Deutschland als verantwortlich nachdenklichen Akteur im Bewusstsein der eigenen Geschichte und auf Basis unserer Werte, sowie unter Berücksichtigung der Wirkung des eigenen Handelns auf Andere.

Es reicht eben nicht, einfach nur selbst die reinste Lehre der Gewaltlosigkeit zu leben, so lange skrupellose Machthaber weiterhin Waffengewalt einsetzen um ihre Ziele auf Kosten Schwächerer durchzusetzen. Steinmeier beschreibt unseren



Feierlichkeiten der UNIFIL-Einsatztruppen anlässlich des International UN Peacekeepers Day am 29. Mai 2013.

Foto: UNIFIL von Irish Defence Forces / flickr / CC BY 2.0

DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT: ENGAGEMENT

Umgang mit diesem Dilemma pointiert: »Die Deutschen glauben nicht, dass sich jedes Problem am Verhandlungstisch lösen lässt, dass dies mit Schießen gelingen soll, allerdings auch nicht.«

Wenn wir aber als Deutschland mit diesem Dilemma, das auch Willy Brandt gut kannte und in

Damit ist keine Konkurrenz zwischen diesen Institutionen gemeint. Die Vereinten Nationen sind dabei eher das, was Winston Churchill einmal als den gemeinsamen Tempelbau der gesamten Humanität beschrieb, während die verantwortungsvollen Staaten und ihre Zusammenschlüsse – wie

Es darf weder Krieg, aber auch keinen Frieden um jeden Preis geben.

seine berühmte Formel – »Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts« – brachte, offen umgehen, dann heißt das auch, dass es zwar weder Krieg aber auch keinen Frieden um jeden Preis geben kann. Bei gleichzeitiger Vermeidung des großen menscheitsvernichtenden Krieges und unter gewissenhafter Abwägung der Risiken und leidvollen Folgen einer gewaltsamen Intervention – vor allem für die Menschen vor Ort, kann man verantwortlich dennoch zu dem Ergebnis kommen, dass bei der Bekämpfung von Gewalt und Unterdrückung im schlimmsten Fall friedliche Mittel allein nicht ausreichen.

Unsere Demokratie ist ohne universelle Wertebasis nicht denkbar, gleichzeitig macht Deutschlands Handeln und Unterlassen in der Welt einen Unterschied – wir sind nicht bedeutungslos, stehen nicht am Spielfeldrand des Weltgeschehens. Wir können also unsere Verantwortung zu Achtung und Schutz der Menschenwürde nicht einfach auf den kleinen Teil der Welt beschränken, der sich innerhalb unserer Staatsgrenzen befindet oder von unseren Partnern und Verbündeten bewohnt wird. Wenn Deutschland aber diese universelle Verantwortung ernst nimmt, dann sind es nicht nur NATO und Europäische Union, in denen wir wirken und durch die wir gestalten müssen, sondern dann sind es in aller erster Linie die Vereinten Nationen.

NATO und EU – diejenigen sind, die diesen Bau nach Kräften unter seinem Dach ausführen und stützen. Ein wesentlicher Pfeiler der friedensstiftenden Rolle der UN sind dabei deren Blauhelme, auch »Peacekeeper« genannt. Sie sind – mehr als es jede »Koalition der Willigen« je sein kann – der bewaffnete Arm der gesamten Menschheit.

Mit dem Ende der reinen Fokussierung auf den Ost-West-Konflikt öffnete sich Deutschland für eine aktive Beteiligung an Blauhelmeinsätzen. 1992 in Kambodscha stellte die Bundeswehr Sanitätspersonal, 1994 in Somalia das erste Mal bewaffnete Kräfte – die allerdings nur zur Absicherung der Nahrungsmittelverteilung gedacht waren. Im Jahr 2006 übernahm Deutschland die Führung des maritimen Anteils der Blauhelmission UNIFIL zur Durchsetzung des Waffenembargos gegen die Hisbollah im Libanon, seit 2013 die Beteiligung am UN-Einsatz in Mali – allerdings vorerst nur mit Logistik- und Ausbildungsbeiträgen, seit Januar 2016 dann auch mit Soldaten, die direkt im umkämpften Norden eingesetzt werden.

Die bisherigen »scharfen« Kampfeinsätze der Bundeswehr liefen allesamt außerhalb von Blauhelmissionen. Zwar sind solche aktiv in Kampfhandlungen eingreifende UN-Missionen



Foto: Winston Churchill von British Government / United Kingdom Government / Public Domain

Ein weiteres bekanntes Zitat von Winston Churchill über die Vereinten Nationen lautet: »Die UNO wurde nicht gegründet, um uns den Himmel zu bringen, sondern um uns vor der Hölle zu bewahren.«

ohnehin eine jüngere Entwicklung und – auch weil sie sehr kritisch gesehen werden – eher eine Seltenheit, aber Deutschland fügt sich damit offenbar in einen internationalen Trend ein: Wenn »heiß« gekämpft werden soll, macht man das lieber nicht unter Kommando der Vereinten Nationen.

Die Fragen, die dies aufwirft, sind vielfältig: Liegt es daran, dass – im Gegensatz zu NATO-, EU- oder genuin nationalen Missionen – bei den UN zu viele Akteure mit im Spiel sind, zu wenig standardisiert und verlässlich ist, Geheimhaltung

DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT: ENGAGEMENT

und Vertrauen Grenzen kennen oder institutionelle und kulturelle Barrieren überhand nehmen? Spricht man mit Insidern, so steckt ein wenig von Allem darin. Es spricht auch grundsätzlich einiges dafür, den neutralen Ruf der UN-Blauhelme nicht dadurch zu erodieren, dass man sie aktiv Partei in einem Konflikt ergreifen lässt – diese also im Extremfall bisweilen notwendige »Vorarbeit« anderen »Auftragnehmern«, also NATO, EU oder nationalen Akteuren überlässt.

Andererseits ist unbestreitbar, dass die UN immer dann ohnehin Partei in einem Konflikt sind, wenn es um gravierende Menschenrechtsverletzungen geht. Somit steht auch die Blauhelm-

Interventions-Brigade in der Demokratischen Republik Kongo nicht im Widerspruch zur ursprünglichen Idee der UN-Charta: In ihr kämpfen Blauhelme, die von Südafrika, Tansania und Malawi gestellt werden, aktiv gegen Rebellengruppen um Zivilisten zu schützen. Sah man sich kämpfende Blauhelme in der Vergangenheit aber einmal genauer an, fiel eines über Jahre auf: Bundeswehrsoldaten fand man darunter nicht.

Das allerdings hat sich mit dem seit 2016 – und noch stärker in diesem Jahr – gestiegenen Engagement der Bundesrepublik in Mali geändert. Tragischerweise haben dabei jüngst auch zwei deutsche Hubschrauberpiloten ihr Leben gelassen.

Es geht nun keinesfalls darum, sozusagen aus falsch verstandener »fairer Lastenverteilung«, einen größeren Beitrag Deutschlands zum riskanten »scharfen Ende« des UN-Peacekeepings nach der Art zu fordern: Mehr »boots on the ground« und damit auch mehr eigene Opfer.

Vielmehr geht es darum, dass die großen Opfer, die viele Blauhelme aus den unterschiedlichsten Ländern der Welt bringen, einerseits durch bessere Ausbildung und Ausrüstung oft vermeidbar wären, und andererseits einen nachhaltigeren Nutzen erreichen würden, wenn die politische Flankierung ihrer Missionen besser wäre. Blauhelmissionen mangelt es schlichtweg oft an Luftunterstützung – einschließlich funktionierender Rettungsketten für Verwundete. Außerdem werden ihre Missionen und Ziele regelmäßig von lokalen Machthabern an den Rand gedrängt, wenn sich die großen internationalen Akteure – wie auch Deutschland – nur um die Finanzierung und wenig um die tägliche Umsetzung kümmern.

Zusätzlich besteht die Gefahr bei großen regionalen Beiträgen zu UN-Missionen, dass sie für machtpolitische Interessen rivalisierender Nachbarstaaten missbraucht werden. Diese Gefahren würden allesamt reduziert oder ausgeräumt, wenn sich die mächtigen Demokratien stärker mit eigenem Personal in den Missionen engagierten. Nicht nur sind die Ausbildungsstandards dort höher, es stehen auch die dringend benötigten Mittel zur Verfügung, die den vielfach bereits vorhandenen »boots on the ground« erst echte Schlagkraft verleihen können. Auch kann beispielsweise Deutschland und die EU bei der Begleitung eines Blauhelmeinsatzes ganz anderes diplomatisches Gewicht in die Waagschale werfen, als es das UN-Sekretariat auf sich alleingestellt vermag.

Die Probleme der Welt oder der UN würden aber nicht dadurch gelöst, dass schlagartig Deutschland und seine demokratischen Partner Tausende von

Foto: NH-90 MedEvac im Einsatz / Bundeswehr/PAO MINUSMA Gao / Public Domain



In Mali ist die Bundeswehr im Rahmen der UN-Mission MINUSMA seit 2013 im Einsatz.

DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT: ENGAGEMENT

Blauhelmsoldaten selbst in die Missionen entsandten. Es wäre aber mehr als nur ein wichtiges Signal, wenn Peacekeeping-Missionen nicht zur überwältigenden Mehrheit von Soldatinnen und Soldaten wirtschaftlich – und oft auch politisch – schwacher Länder bestückt würden, die dann bei geringer öffentlicher und politischer Beachtung von den reicheren Ländern finanziert werden.

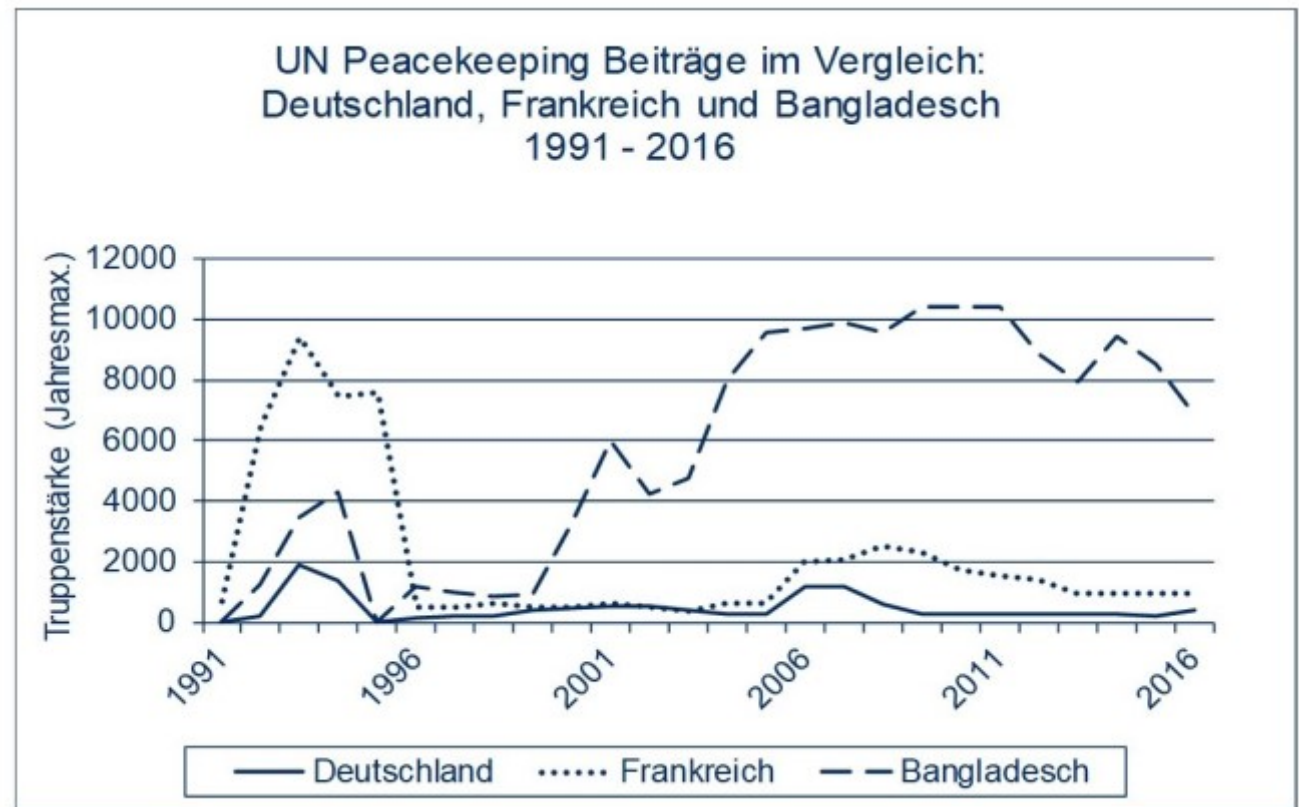
Stellt man etwa die Beiträge Deutschlands, Frankreichs und Bangladeschs exemplarisch gegenüber, wird deutlich, wie ungleich verteilt die Lasten sind. So stellte Bangladesch – traditionell seit Jahren mit großen Blauhelm-Kontingenten engagiert – im August 2017 mit 7.636 Soldaten aktuell mehr als zehn Mal so viele Soldaten wie Deutschland mit seinen 757 Blauhelmen. Deutschland und Frankreich hingegen halten sich seit den Erfahrungen auf dem Balkan der 90er Jahre bei Blauhelmeinsätzen stärker zurück. Dabei ist Frankreich grundsätzlich aber noch viel eher bereit, auch mit großen, schlagkräftigen Kontingenten selbst Missionen mit zu gestalten. Im Gegenzug finanziert Deutschland allerdings als viertgrößter Beitragszahler in erheblichem Maß eben jene Blauhelmmissionen, die dann vor allem von Soldaten aus ärmeren Ländern bemannt werden.

Deren Militärs haben diese finanziellen Beiträge mittlerweile als regelrechtes »Geschäftsmodell« zur Finanzierung ihrer sonst eher klammen Wehretats einkalkuliert. Denn die UN vergütet dem jeweiligen Staat den Einsatz seiner Soldaten pauschal mit etwas über 1.300 Dollar pro Monat und pro Kopf, die dann tatsächlich als Besoldung an den einzelnen Soldaten ausgezahlte Summe liegt dann aber allein im Ermessen des Truppenstellers. Im Falle der Streitkräfte Bangladeschs liegt diese monatlich unter 500 Dollar – für einen Oberst!

Anders als etwa bei der NATO, wo Truppenteile ihre Einsatzbereitschaft anhand einheitlicher Standards nachweisen müssen, gibt es bei den Blauhelmen zudem keine verbindliche Qualitäts-

sicherung. Das Resultat sind oft schlecht ausgebildete und ausgerüstete Kontingente, die unter dem blauen UN-Überzug nur die alten Stahlhelme tragen, die ihnen ihre Nationen mitgeben. Bei Waffen und Fahrzeugen verhält es sich weitgehend genauso. Die damit oft verbundenen Missstände führen dann dazu, dass diese Soldaten, die im Sinne auch deutscher und europäischer Werte im Einsatz sind, nur dürftig geschützt sind und unnötig hohe Verluste beklagen müssen, die zudem öffentlich auch noch wenig beachtet werden. So sind allein im letzten Jahr

weltweit mehr als doppelt so viele Blauhelme ums Leben gekommen, als die Bundeswehr in über fünfzehn Jahren Einsatz in Afghanistan insgesamt an gefallenen Soldaten zu beklagen hatte. Jeder Soldat der Bundeswehr genießt als Staatsbürger in Uniform den Schutz des Wehrbeauftragten, eines Beschwerderechts, funktionierender kritischer Medien, die Rückendeckung des sie oder ihn entsendenden Bundestages und der breiten Mehrheit seiner Mitbürger. Viele dieser deutschen Selbstverständlichkeiten sind im internationalen Vergleich oft genug Alleinstellungsmerkmale, um



Quelle der Daten: UN Department of Peacekeeping Operations.

DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT: ENGAGEMENT

die auch die Kameraden verbündeter Streitkräfte uns deutsche Soldaten beneiden. Bei Blauhelmkontingenten, insbesondere, da kaum ein Drittel der UN-Mitgliedsstaaten überhaupt als Demokratien bezeichnet werden kann, klafft nicht nur die wirtschaftliche Situation der individuellen Blauhelme weit auseinander, sondern auch ihre eigenen Rechte und Rechtsauffassungen bei der Gewaltanwendung.

mit Blauhelmen aus den großen Demokratien auch deren machtvolle Parlamente und Öffentlichkeiten in diesen Einsätzen aufmerksam präsent wären. So allerdings bleibt mit MONUSCO die größte der aktuellen Blauhelmissionen von der deutschen Öffentlichkeit nahezu unbeachtet.

Es geht also nicht darum, einfach mehr deutsche Blauhelme einzusetzen, oder mehr Geld in die Hand zu nehmen. Die deutsche Verantwortung für

als Blauhelme zu dienen, wenn die Bundesrepublik über Jahre nur äußerst kleine Kontingente bereitstellte.

Wenn Deutschland sich also aus gutem Grund und Überzeugung in der Verantwortung sieht, mehr in der Welt zu gestalten, dann führt einer der besten Wege dazu über die Vereinten Nationen. Dieser Weg wird aber dadurch behindert, dass sich Deutschland über Jahre in Blauhelmeinsätzen personell zurückgehalten hat. Mit dem gewachsenen Engagement in Mali sieht es zum ersten Mal seit über zwanzig Jahren wieder etwas anders aus. Als Soldat und Staatsbürger in Uniform wünsche ich mir, dass dieser Weg weiter und noch konsequenter beschritten wird.

Moritz Brake ist Marineoffizier und war neben anderen militärischen Auslandseinsätzen selbst als Blauhelmsoldat im Einsatz.

...

Deutschlands Pfad zu mehr globaler Verantwortung und Mitgestaltung führt über die UNO.

Vor diesem Hintergrund ist es vielleicht sogar erstaunlich, dass die Arbeit der Blauhelme seit Jahren überwiegend – bei allen Rückschlägen und eigenen Opfern – positive Ergebnisse zeigt. Nicht nur erfährt die lokale Bevölkerung ihren Einsatz meist als wertvoll und als letzte Hoffnung auf Befriedung, auch die jeweiligen Soldaten nehmen positive Erfahrungen mit nach Hause.

Das muss aber nicht grundsätzlich immer gelten. Während mich meine eigenen Einsatzerfahrungen positiv prägen, gibt es viele Kameraden aus unterschiedlichsten Ländern, die beispielsweise hilflos in Ruanda oder auf dem Balkan mit ansehen mussten, wie sie wehrlose Menschen nicht vor Gewalt und Tod schützen konnten.

Auch die bereits erwähnte UN-Mission im Kongo – MONUSCO – konnte zwar gegen einige Rebellengruppen erfolgreich vorgehen, muss dabei aber mit Regierungstruppen kooperieren, die selbst aller Wahrscheinlichkeit nach im letzten Jahr für mehr Kriegsverbrechen verantwortlich waren, als alle Rebellen zusammen. Gerade in solchen Spannungsfeldern würde es immens helfen, wenn

Blauhelmissionen muss vor allem dahin gehen, dass die Bundesrepublik sich mehr einmischt. Ein einfacher Weg dahin wäre auch mehr personelle Präsenz.

Es würde dabei vermutlich nicht einmal unangenehm aufgenommen, wenn man sich weitgehend auf wenig personalintensive Spezialfähigkeiten beschränkte. Denn genau daran mangelt es am dringendsten: Experten, die Einsatzlogistik organisieren, hochqualifizierte Ausbilder, Mediziner sowie Piloten und IT-Fachleute.

Die Ausrüstung, die überall knapp ist, fehlt aber zuvorderst auch bei Blauhelmeinsätzen: Hubschrauber, Flugzeuge und Drohnen. Es ist übrigens ein praktisches Hindernis für mehr deutsche personelle Teilhabe und Präsenz in höheren Organisationsebenen des UN-Peacekeeping, dass für die dafür notwendigen offenen Auswahlverfahren, deutsche Bewerber oft keine oder zu wenig Erfahrung aus niedrigeren Verantwortungsebenen bei UN-Einsätzen mitbringen: Sie hatten schlichtweg keine Chance,

Quellen und Links:

[Webseite der MONUSCO-Mission der Vereinten Nationen.](#)

[Webseite der International Coalition for the Responsibility to Protect.](#)

[Webportal der Vereinten Nationen zum Peacekeeping.](#)

[Beitrag »Zwei-Klassen-Peacekeeping« der DGVN vom 21. November 2011.](#)

[Beitrag »Germany's new global role« von Frank-Walther Steinmeier in der Foreign Affairs vom Juli 2016.](#)

EUROPA UND SEINE NACHBARN

Die EU ist seit langem ein international anerkannter Akteur im Verband supranationaler Organisationen, wenn es um Hilfsprojekte in Entwicklungsländern geht. Doch wer sich allein auf den Weg nach Europa macht, muss zuerst Hürden überwinden, um dann doch oft vor einem sich immer mehr abschottendem Kontinent draußen stehen zu bleiben.



Foto: Water infrastructures for Malian refugees in Mauritania von EC/ECHO/Jose Cendon / flickr / CC-BY-NC-ND 2.0



HÜTER DES VERLORENEN STAATES

VON PHILIPP STARZ

Referendum gewonnen, doch Kirkuk verloren. Wichtigster Garant der Sicherheit der kurdischen Territorien im Irak sind die Peschmerga – frei übersetzt: »die dem Tod ins Auge sehenden« – welche auch von der Bundeswehr ausgebildet werden. Diese sind jedoch stark fragmentiert, politisiert und kaum institutionalisiert. Der Verlust von Kirkuk an die irakische Armee und schiitische Milizen zeigt, wie uneins die Peschmerga sind.

Den Kurden ist es in ihrer viertausendjährigen Geschichte bisher nie gelungen einen gemeinsamen, dauerhaften, unabhängigen Staat zu gründen. Dieses über die Türkei, Syrien, den Irak und den Iran sowie weitere nahöstliche Länder versprengte Volk war wiederholt Spielball, Verhandlungsmasse, fünfte Kolonne und Widersacher in dieser geostrategisch so bedeutsamen Region zwischen Mittelmeer, Kaukasus und Persischem Golf. Dies liegt zum einem an der mangelnden Unterstützung für die kurdische Sache von außen sowie an der internen Fragmentierung der Kurden. Wie uneins die Peschmerga sind, zeigen die jüngsten Entwicklungen in Kirkuk und den anderen zwischen der Zentralregierung in Bagdad und der kurdischen Autonomieregierung beanspruchten Gebieten.

EUROPA UND SEINE NACHBARN: IRAK

Unmittelbar nachdem die irakischen Kurden in ihrem umstrittenen Referendum mit großer Mehrheit für das Ausscheiden aus dem irakischen Staat votiert hatten, besetzten Einheiten der irakischen Armee, des »Counter-Terrorism Service«, der »Federal Police« und vom Iran unterstützte schiitische Volksmobilisierungseinheiten rund 40 Prozent des umkämpften Territoriums rund um die Ölstadt Kirkuk, welches die Kurden zum Teil seit Jahren kontrollierten.

Am 15. Oktober 2017 starteten sie eine gemeinsame Offensive mit der Absicht die Militärbasis K1, den Flughafen Kirkuk sowie Kirkuks Ölfelder zu besetzen. Für die Kurden ist dieses ethnisch gemischte, ressourcenreiche Gebiet zentraler Bestandteil des Kurdayetî, des kurdischen Nationalbewusstseins, sowie für das ökonomische Überleben von zentraler Bedeutung. Diese so wichtige Stadt wurde den irakischen Kräften nun aber nahezu kampfflos überlassen.

Präsident Barzanis Pressestelle veröffentlichte angesichts dieses empfindlichen Verlustes umgehend hetzerische Erklärungen, unter anderem des Generalkommandos der kurdischen Peschmerga-Streitkräfte, über den »historischen Verrat« seiner politischen Konkurrenten, der sozialistischen Patriotische Union Kurdistans (PUK). Darin wurde behauptet, deren Mitglieder hätten im Vorfeld irakische und iranische Beamte getroffen und beschlossen, die Provinz nicht zu verteidigen.

Dieser Vorwurf wurde auch von Barzani selbst wiederholt, der sagte, dass »einige Leute aus einer bestimmten politischen Partei einseitig den Weg für einen solchen Angriff geebnet hatten, dessen Ergebnis der Rückzug der Peschmerga-Truppen aus Kirkuk war.« Gemeint war Pavel Talabani, Sohn des verstorbenen PUK-Gründers Jalal Talabani und ehemaliger Angehöriger einer PUK-Spezialeinheit.

Kirkuk galt immer als PUK-Territorium, obwohl sein PUK-Gouverneur, Najmaldin Karim, in jüngster Zeit zur Unterstützung der Politik von Präsident



Foto: Kurdish President Massoud Barzani von D. Myles Cullen / United States Department of Defense / Public Domain

Aufstieg und Fall des Masud Barzani – vom Bergkämpfer zum gefragten Verbündeten zum gescheiterten Politiker.

Barzani neigte. Nach dem Abzug der PUK-Truppen aus Kirkuk mussten sich auch die in diesem Raum dislozierten Peschmergaeinheiten, die von Barzanis konservativer Demokratischer Partei Kurdistans (KDP) kontrolliert wurden, zwangsläufig zurückziehen.

Doch auch im Norden gerieten die Peschmerga unter Druck. Das strategisch wichtige Sinjar-Gebiet, Siedlungsgebiet der Jesiden und mittlerweile Basis der PKK und ihrer Ableger, sowie Makhmour und der Grenzübergang Fish Kabour, sind von der irakischen Armee besetzt worden. Ziel der Zentralregierung ist es dabei offensichtlich, die

Kurden auf die »grüne Linie« des Jahres 2003 zurückzudrängen und die Kontrolle über die Außengrenzen des Gesamtiraks wieder herzustellen. Bei der internationalen Staatengemeinschaft stieß das irakische Vorgehen dabei auf wenig Widerspruch. Auch Deutschland verurteilte in erster Linie die Entscheidung, das Referendum abzuhalten, hielt sich mit Kritik am Vorgehen Bagdads hingegen zurück. Offizielle außenpolitische Leitlinie in Berlin ist es, den Gesamtirak zu erhalten.

Wieder einmal fühlen sich die Kurden deshalb von ihren westlichen Partnern verlassen. Ein

EUROPA UND SEINE NACHBARN: IRAK

gebräuchliches kurdisches Sprichwort besagt, dass das Volk keine Freunde hätte, außer den Bergen. Dabei hatte sich diese alte Gewissheit mit dem Vormarsch des so genannten Islamischen Staates (IS) eigentlich gerade grundlegend gewandelt. Im Kampf gegen die islamistischen Extremisten wurden die Kurden über quasi über Nacht zu befragten Verbündeten.

Selbst die sonst eher träge deutsche Außen- und Sicherheitspolitik betrat aus diesem Anlass in den nordirakischen Bergen Neuland. Das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wurden im Jahr 2015 Waffen gezielt in ein Kriegsgebiet geliefert! Insgesamt 20.000 Sturmgewehre der Modelle G3 und G36, Maschinengewehre, Handgranaten, Panzerfäuste sowie 60 Stück der Panzerabwehrlenkwaffe MILAN gingen in mehreren Lieferungen an die Kurden im Nordirak.

Insbesondere der MILAN ist es zu verdanken, dass die als »Mad Max« bezeichneten, mit Sprengstoff gefüllten und durch Metallplatten verstärkten Selbstmordattentatsfahrzeuge des IS erstmals effektiv durch die kurdischen Kräfte bekämpft und der Vormarsch des IS auf Erbil schließlich zum Stehen gebracht werden konnte. Seitdem genießt dieses eigentlich veraltete Waffensystem einen legendären Ruf unter den Kurden. Angeblich sollen selbst Neugeborene nach ihm benannt worden sein – bei den Kurden wäre dies nichts Ungewöhnliches.

Zusätzlich zu den Waffenlieferungen beschloss der Bundestag auch eine Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der Irakischen Streitkräfte. In namentlicher Abstimmung votierte der Deutsche Bundestag am 29. Januar 2015 vor allem mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD mehrheitlich für diese Ausbildungsmission mit bis zu 100 Bundeswehrsoldaten im Irak und in dessen nördlicher autonomer Kurdenregion. 457

Abgeordnete stimmten mit Ja, 79 votierten dagegen, nur 54 enthielten sich. Der geografische Schwerpunkt wurde im Mandat auf den Raum der kurdischen Millionenstadt Erbil gelegt, dem Einflussbereich des damaligen kurdischen Präsidenten Massoud Barzani. Die einsatzbedingten Ausgaben bezifferte die Bundesregierung dabei allein im Jahr 2016 auf rund 33,2 Millionen Euro.

Die Bundesrepublik Deutschland ist somit Teil der gegen den IS gerichteten »coalition of willing« und gehört zu der »Combined Joint Task Force –

Operation Inherent Resolve« (CJTF OIR), welcher insgesamt 73 Staaten angehören. Die Bundeswehr engagierte sich seither, nach einer Anpassung der Mandatsobergrenze im Jahr 2016, derzeit mit maximal 150 Soldatinnen und Soldaten im Rahmen dieser Freiwilligen-Koalition beim nachhaltigen Fähigkeitsaufbau der irakischen Streitkräfte (ISF) sowie der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak (KSF).

Die Mission beinhaltet im Wesentlichen drei Handlungslinien: Erstens, die bereits erwähnten



»MILAN Superstar« – wie oft beim Militär ist der Name ein Akronym für einen Fachausdruck; hier: Missile d'Infanterie léger antichar.

Foto: von HDPKK Terörü / Twitter



Vereint in Zwietracht – Logo bzw. Flagge der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK).



Hilfslieferungen von Material und Waffen, zweitens, die Ausbildungsunterstützung für die ISF und KSF sowie drittens, Ertüchtigungsprojekte für militärische Infrastruktur zu initiieren und zu koordinieren. Zusammen mit sieben anderen Nationen – Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Schweden, Ungarn, Finnland und Slovenien – wird im »Kurdistan Training Coordination Center« (KTCC) die Ausbildungsunterstützung für die Peschmerga geplant. Dazu werden vier Ausbildungsstätten betrieben, in denen die kurdischen Kämpfer von den westlichen Nationen ausgebildet werden. Eine besondere Herausforderung hierbei sind die hochgradig fragmentierten, personen- und parteibezogenen Strukturen der kurdischen Sicherheitskräfte, die weithin als Peschmerga bekannt sind.

Diese wurden ursprünglich als eine lokale, stammes- und personenbezogene Guerillaeinheiten geschaffen, welche die Aufgaben hatten, den

irakischen Staat zu zerstören und die beanspruchten kurdischen Gebiete gegen feindliche Invasoren zu verteidigen. Seit der Ausweitung der kurdischen Autonomie nach dem ersten Golfkrieg 1991 und dem innenkurdischen Bruderkrieg zwischen der konservativen KDP und der sozialistischen PUK von 1994 bis 1998 haben sich aber de facto zwei parallele kurdische

Kurden haben keine Freunde außer den Bergen.

kurdisches Sprichwort

Sicherheitsentitäten herausgebildet, die sich im besten Fall argwöhnisch gegenüberstehen und nur im Verteidigungsfall miteinander harmonisieren. In den Verwaltungsbezirken Dohuk und Erbil ist dabei die KDP dominierend, während im Süden, in

Suleymaniya und Halabdscha, die PUK den Ton angibt. Die von Massoud Barzani geführte KDP unterhält die so genannten »80s Forces«; die vom ehemaligen irakischen Staatspräsidenten Jalal Talabani, welcher nach langer Krankheit am 03. Oktober 2017 in Berlin verstarb, geführte PUK unterhält hingegen die »70s Forces«. Kommandeur dieser Parteiarmee ist der charismatische Sheikh Jafer, welcher bereits von 2006 bis 2012 Minister für Peschmerga-Angelegenheiten war. Daneben besitzt die Kurdistan Socialist Democratic Party (KSDP), eine Splitterpartei der KDP, die von dem legendären Peschmergakämpfer Mohammed Hajji Mahmud angeführt wird, eine kleinere, rund 1.000 Mann starke Kampfseinheit.

Einzig die derzeit zweitstärkste, aber nach dem Tode ihres politischen Führers Newchirvan Mustafa weitgehend polarisierte, Protestpartei GORRAN verfügt über keine eigenen Peschmerga, genießt jedoch unter vielen Angehörigen der verschiedenen Peschmerga-Einheiten gewisse Sympathien. Sie stellte bis 2015 mit Mustafa Sajid Qadir auch den Minister für Peschmerga-Angelegenheiten. Seit dem Rauswurf der GORRAN-Minister nach gewaltsamen Protesten gegen die Regierung der autonomen Region und ihren Präsidenten Masoud Barzani hat die KDP über Innenminister Karim Sinjari jedoch auch das Peschmergaministerium übernommen.

Die KDP-Peschmerga sind derzeit den PUK-Truppen zahlenmäßig und dank ihrer strafferen Führung überlegen. Das hat mittelbar auch mit der westlichen Waffen- und Ausbildungshilfe zu tun, von der bislang vor allem eine Fraktion profitiert

EUROPA UND SEINE NACHBARN: IRAK

hat und die so mittelbar auch das interne Machtgefüge in Kurdistan beeinflusst. So kritisiert die PUK-Führung etwa, dass der Schwerpunkt der internationalen Ausbildungsanstrengung und infrastrukturellen Ertüchtigungsmaßnahmen vor allem auf dem von der KDP kontrollierten Norden der autonomen Region liege.

Auch das einzige große Material- und Waffendepot der Peschmerga befindet sich dort, wodurch die KDP de facto auch für die Verteilung der internationalen Waffenlieferungen zuständig ist. Die politischen Konkurrenten von der PUK bemängeln daher bereits seit längerem, dass sie daher nicht die Hälfte aller Waffen bekämen, sondern einen geringeren Anteil als die KDP-Peschmerga.

Diese Waffenlieferungen bringen aber auch auf anderen Feldern Probleme mit sich. Denn ganz generell ergibt sich durch die internationalen Waffenlieferungen ein mannigfaltiger Waffenmix aus aller Herren Länder. So sind Infanteriezüge der Peschmerga daher oftmals mit bis zu fünf verschiedenen Waffentypen ausgestattet, was taktisch manchmal zum Vorteil gereicht, aber auch große logistische Probleme nach sich zieht.

Potenziert wird das Problem dadurch, dass die Tradition der Peschmerga – die als Guerillaeinheiten in den kurdischen Bergen in lokalen Kleingruppen agierten und sich dabei von Land und Leuten versorgten – dazu geführt hat, dass sich bis dato keine vernünftige und tragbare Militärlogistik etabliert hat.

Denn eine echte Phase der Institutionalisierung begann für die Peschmerga erst wieder nach den Sturz des irakischen Baath-Regimes im Jahr 2003 und der folgenden Ausweitung der kurdischen Autonomie. Den Kurden wurden nun als eigene Sicherheitskräfte verfassungsmäßig legitimiert. Laut Artikel 121, Absatz 5, der irakischen Verfassung von 2005 ist die autonome Regierung verantwortlich für Aufbau und Verwaltung von

Kräften für die innere Sicherheit, wie Polizei, Grenzschutz und anderen »Security Forces«.

Eine genauere Definition wie diese »Security Forces« organisiert sein sollen und welchen tatsächlichen Zweck sie erfüllen, lässt sich aus der Verfassung nicht herleiten. Artikel 9 verbietet jedoch jegliche Bildung von militärischen Milizen außerhalb der offiziellen Sicherheitskräfte.

Die so in die Wege geleitete Institutionalisierung der Peschmerga geriet aufgrund parteipolitischer Missstimmungen innerhalb Kurdistans aber schon bald wieder ins Stoppen. Mit dem Vormarsch des IS auch auf Erbil zeigte sich, dass es tiefgehende Reformen brauchen würde, um eine Transformation vom Milizsystem hin zu modernen, schlagkräftigen Streitkräften zu bewerkstelligen. Ein erster Versuch war die Zusammenführung der Kräfte unter einem eigenen Ministerium.

Insgesamt 14 »Regional Guard Brigades« (RGB) wurden unter dem administrativen Dach des »Ministry of Peschmerga« (MoP) zusammengeführt.

Diese Brigaden sicherten die rund 1.000 Kilometer lange »Kurdish Defence Line« (KDL) und untermauerten den kurdischen Anspruch auf die umstrittenen Gebiete im Irak. Die KDL gleicht dabei einem antiquierten Verteidigungswall und weist Lücken auf, wodurch es den Insurgenten des IS immer wieder gelang, jenseits dieser Frontlinie in ethnisch gemischte Gebiete einzusickern und erfolgreich zerstörerische Sturmangriffe durchzuführen – so etwa auf Kirkuk Anfang dieses Jahres.

Dies liegt auch daran, dass durch Sektorenkommandeure, welche sich aus hochrangigen Politbüromitgliedern beider großen Parteien rekrutieren, der jeweilige parteipolitische Einfluss auf die Operationsplanung und Dislozierung der verschiedenen formellen und informellen Sicherheitsentitäten gesichert wird.

Die autonome Region ist in acht militärische Sektoren unterteilt. Die Sektoren eins bis vier sind dabei unter der Kontrolle von



Zertifizierung eines Zerevani Kommando-Bataillons

Foto: Philipp Starz

EUROPA UND SEINE NACHBARN: IRAK

Sektorenkommandeuren der PUK, während die nördlichen Sektoren fünf bis acht von der KDP-treuen Sektorenkommandeuren geführt werden. Diese haben zwar meistens eine Peschmerga-Vergangenheit, sind aber keine gelernten, professionellen Militärs und nicht in die offiziellen Strukturen des Peschmergaministeriums einbezogen.

Die Folge dieser politisierten Befehlsstrukturen sind dann oftmals politische wie militärische Differenzen. So sind in den Sektoren sieben und fünf Peschmerga der iranisch-kurdischen Freiheitspartei PAK, welche von Hussein Yazdanpanha befehligt werden, eingesetzt. In Sektor vier dagegen werden vom Sektorenkommandeur Wasta Rasul Kräfte der türkisch-kurdischen Arbeiterpartei PKK, welche mit der konservativen KDP im Clinch liegt, geduldet. Das alles erzeugt Friktionen, die sich dann zum Teil negativ auf das operative Geschäft der Peschmerga auswirken.

Auch der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Nachrichtendiensten erweist sich als schwierig. So werden etwa die Geheimdienste der Parteien, das militärische Nachrichtenwesen sowie der Inlandsgeheimdienst Asayish und die zahllosen Anti-Terroreinheiten durch den 2011 errichteten »Kurdistan Region Security Council« (KRSC) koordiniert, welcher durch Masrour Barzani, einem Sohn des Regionalpräsidenten, geleitet wird.

Seit dem Beginn der Operationen gegen den IS koordiniert dieser KRSC die internationalen Luftschläge gegen die Stellungen der Islamisten. Lahur Talabani, der Führer des PUK-Dienstes und der Anti-Terroreinheit »Counter Terrorism Group« (CTG), kritisierte jedoch den in der Realität vollkommen mangelhaften Informationsaustausch zwischen den verschiedenen kurdischen Diensten.

So sei der KRSC, der ja eigentlich die Koordination sicherstellen sollte, während des Krieges gegen den IS tatsächlich kein einziges Mal



Foto: Philipp Storz

Weibliche Zerevani bei der Waffenausbildung

EUROPA UND SEINE NACHBARN: IRAK

zu einer Koordinierungsbesprechung einberufen worden. Der bilaterale Informationsaustausch mit westlichen Diensten sei daher besser, als der zwischen den kurdischen. Der problematische Parteiproporz spiegelt sich auch innerhalb der Brigaden des Ministeriums wieder: Gehört der Brigadekommandeur einer Partei an, wird sein Stellvertreter von der anderen Partei gestellt und andersherum.

Neben Parteikräften und MOP-Brigaden führt auch das Innenministerium eigene Kampfeinheiten.

Diesem sind formell zumindest die rund 35.000 Mann Militärpolizei der »Zerevani«, etwa 20.000 Mann der PUK-nahen »Emergency Response Forces« (ERF) sowie die beiden Brigaden der »Oil Protection Forces« (OPF) unterstellt. Zu den von Generalmajor Aziz Weyasi geführten, KDP-nahen Zerevani zählen auch die Rojava-Peschmerga, welche sich aus Anhängern der syrischen Schwesterpartei der KDP, der Kurdischen Demokratischen Partei Syriens, rekrutieren. Die Rojava-Peschmerga mussten bereits 2012 auf Druck

des syrischen PKK-Ablegers »Partei der Demokratischen Union« (PYD) und ihrer Volksverteidigungseinheiten (YPG) die mehrheitlich kurdisch bewohnten Gebiete Syriens, Rojava, verlassen und haben sich daraufhin den Zerevani-Peschmerga der KDP im Irak angeschlossen. Von diesen erhielten sie weitere Ausbildung und Bewaffnung. Die Zahl dieser Rojava-Peschmerga wird derzeit auf rund 3.500 geschätzt. Diese lieferten sich Anfang März ein Gefecht mit jesidischen Kräften der PKK-nahen Widerstandseinheiten Shingal.

Insgesamt sind die Kräfte der Zerevani besser ausgerüstet, bezahlt und ausgebildet als die gewöhnlichen Peschmerga des MoP und wurden daher bei allen Militäroffensiven gegen den IS im Schwerpunkt eingesetzt. Die RGBs des Peschmergaministeriums sind hingegen nur unzureichend ausgerüstet und werden nur unregelmäßig von der durch eine Wirtschafts- und Budgetkrise schwer gezeichneten autonomen Region alimentiert.

Viele dieser Peschmerga besitzen nur eine Kampfuniform und haben dafür aber zwei oder drei Nebenjobs, um ihren kärglichen Sold aufzubessern. Den Brigaden fehlt es zudem an geschützten Fahrzeugen, Aufklärungs- und Kommunikationsmitteln und eigener Steilfeuerfähigkeit. Bis jetzt wurden nur zwei der RGBs komplett mit amerikanischen Uniformen, Gerät und Waffen ausgestattet und werden nun als »Modern Brigades« mit nur noch 3 Kampfataillonen und insgesamt rund 2.300 Mann geführt. Zwei weitere Brigaden sollen in den kommenden Jahren mit amerikanischem Geld und Equipment modernisiert werden.

Offiziell unterstehen dem Ministerium auch eine Vielzahl von Minderheitenmilizen, wie etwa die, vom deutschen Staatsbürger Hedyar Shesho geführten, jesidischen Verteidigungskräfte Ezidixan oder die christliche Ninevah Plains Protection Unit. An schweren Waffen mangelt es beiden



Foto: Philipp Starz

Umgebaute Humvees der 2. Regional Guard Brigade mit amerikanischem Gerät ausgestattet

Parteiarmeen dagegen nicht. Beide, KDP und PUK, verfügen jeweils über eigene Verbände, in denen die schweren, aber veralteten und zumeist aus irakischen Beständen erbeuteten, Waffen konzentriert sind.

So wird die Panzer- und Artillerieeinheit der konservativen KDP von Sihad Barzani, einem Bruder des Massoud Barzanis, befehligt. Die links-sozialistische PUK unterhält wiederum ihre eigene schwere Einheit, das »2nd Support Forces Command«. Zu den informellen Sicherheitsentitäten gehören darüber hinaus noch

Viele dieser Generäle des formal politisch neutralen Ministeriums kämpften im Bürgerkrieg gegeneinander und haben jetzt den Auftrag, die verschiedenen Peschmerga-Kräfte zu einer modernen, inklusiven und unpolitischen Armee transformieren. Ein Problem hierbei ist neben den parteipolitischen Hintergründen die unterschiedliche militär-kulturelle Prägung der Generäle.

Zuerst gibt es die Gruppe der alten Berg-Peschmerga, welche zusammen mit Mulla Mustafa Barzani einen Guerillakrieg in den unzugänglichen Gebieten der Region führten.

Aufgrund der Politisierung der Peschmerga lässt sich mit ihnen aktuell kein Staat machen.

rein personenbezogene Verbände wie die »Hezekane Kosrat Rasul« des gleichnamigen PUK-Politbüromitgliedes oder die »Black Panther Forces« des milliardenschweren Vorsitzenden des Telekommunikationsunternehmens »Korrek« und Peschmerga-Kommandeurs Sirwan Barzani (KDP).

Neben den bereits beschriebenen Problemen bei der Ausrüstung mangelt es den Peschmerga darüber hinaus auch an einer einheitlichen Ausbildung und Doktrin. Zwar gibt es gleich zwei Militärakademien in Zakho und Qala Cholan für Offiziersanwärter und ein »Senior Staff College« in Ranya, wo angehende Stabsoffiziere ausgebildet werden, eine Unteroffiziersschule fehlt dagegen komplett.

Generell sind daher erfahrene Unteroffiziere, als Militärhandwerker und Rückgrat der Truppe, bei den Peschmerga Mangelware. Dafür sollen nach inoffiziellen Schätzungen allein dem MoP fast 500 Generäle angehören und von diesem alimentiert werden. Zum Vergleich: die recht generalslastige Bundeswehr leistet sich weniger als 200.

Die zweite Gruppe ist durch das irakische Militär des Baath-Regimes geprägt worden und hat ihr Handwerk an der Militärakademie in Bagdad sowie während des irakisch-iranischen Krieges 1980 bis 1988 und im ersten Golfkrieg 1991 erlernt.

Die dritte Gruppe stellen wiederum die Offiziere, welche nach dem US-Einmarsch 2003 vornehmlich im westlichen Ausland militärisch sozialisiert und ausgebildet wurden. Dies ist zwar noch die kleinste Gruppe, doch nur dort ist bisher die Idee, dass eine moderne, professionelle und von partikularen parteiinteressen weitgehend unbelastete kurdische Armee für einen zukünftigen eigenen Staat unabdingbare Voraussetzung wäre, wirklich weit verbreitet.

Samuel P. Huntington, mit seinem einflussreichen Werk »The Soldier and the State: The Theory and Politics of Civil-Military Relations« ein Vordenker der zivil-militärischen Beziehungen, argumentiert in dem Buch, dass zivile politische Führer im Wesentlichen zwei Möglichkeiten hätten,

das Militär zu kontrollieren. Eine Möglichkeit bestehe demnach darin, das Militär zu politisieren und die zivile Autorität darüber zu maximieren, was er als »subjektive Kontrolle« bezeichnet hat. In dieser Phase befinden sich die Peschmerga derzeit. Die bessere, zweite Möglichkeit, sieht Huntington jedoch in der »objektiven Kontrolle« der Streitkräfte durch eine strikte Trennung von Politik und Militär. Die Politik müsse danach den militärischen Einflussbereich akzeptieren, dem Militär Autonomie zugestehen und dürfe sich nicht in dessen innere Angelegenheiten einmischen.

Die Folgen der Politisierung lassen sich derzeit in Echtzeit in und um Kirkuk beobachten. Die Entpolitisierung und Professionalisierung – diese wichtigen Schritte stehen den Peschmerga noch bevor. Angesichts der derzeitigen Lage bleibt abzuwarten, ob sie ihn erfolgreich werden machen können. Derzeitig lässt sich mit diesen Peschmerga jedenfalls kein eigenständiger Staat machen.

Philipp Starz absolviert derzeit den postgraduierten Master in Civil-Military Interaction an der Helmut-Schmidt Universität Hamburg.

...

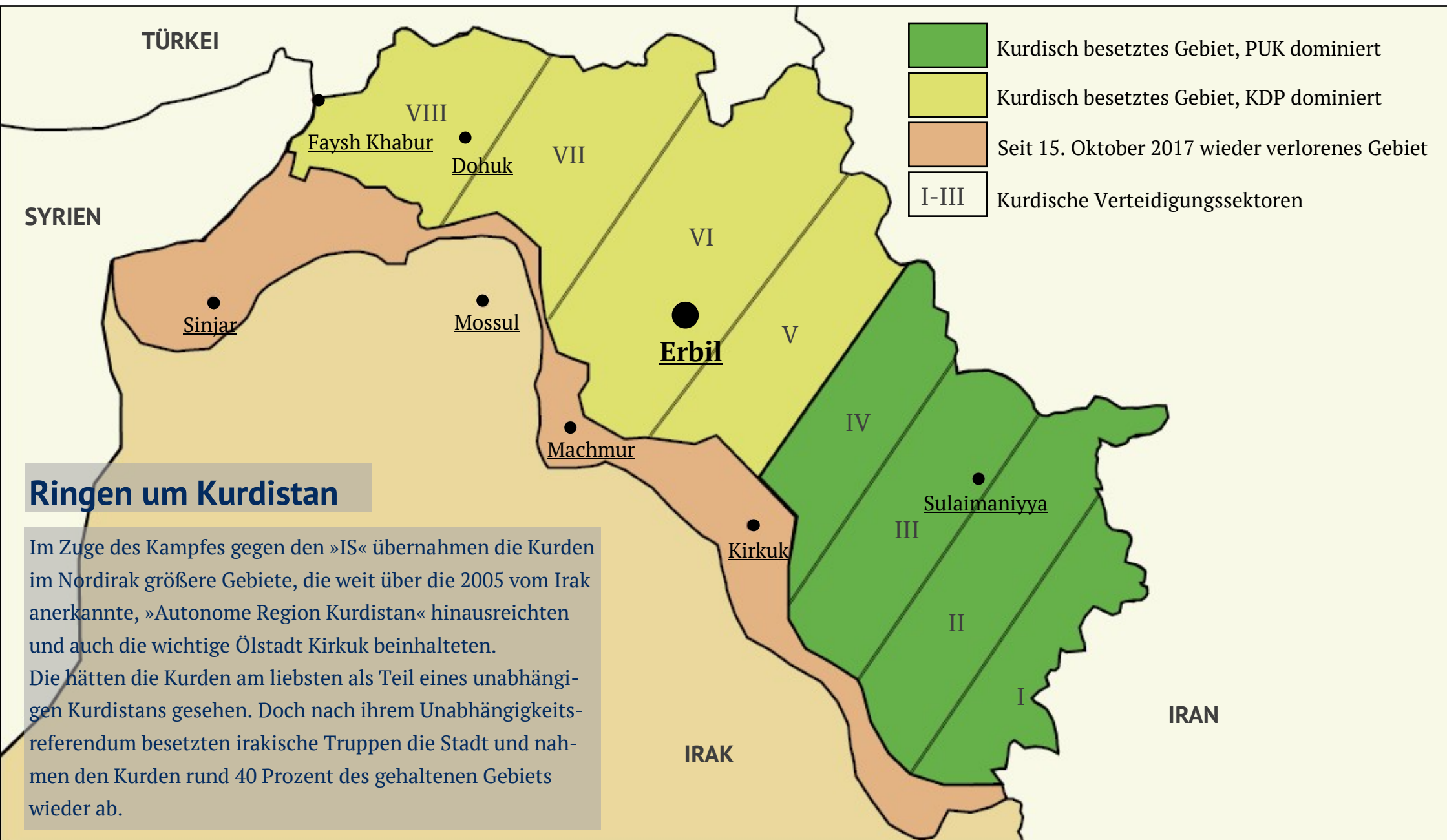
Quellen und Links:

[Paper des Carnegie Endowment for International Peace zu den Peschmerga vom 16. Dezember 2015.](#)

[Artikel von Jaqueline Devigne zum politischen Hintergrund der Peschmerga aus den NIMEP Insights von 2011.](#)

[»Divided from within«, ein Artikel von Eduardo Gonzalez aus der Harvard Political Review vom 5 September 2015.](#)

[Studie von Michael Knights zur US-Sicherheitskooperation im Irak für das Washington Institute for Near East Policy aus dem Jahr 2015.](#)





ISRAELS STRATEGIE GEGEN INTERNATIONALE KRITIK

VON STEFAN WOLFRUM

Während Israel in der Vergangenheit auf der internationalen Bildfläche mit großer Sorgfalt die diplomatischen Klippen des Nahostkonflikts umschiffte, ist das heutige Auftreten des kleinen Landes entschieden selbstbewusster und auch fordernd. Terrorbekämpfung und Technologie sind die starken Standbeine mit denen sich Israel auf dem Markt der bilateralen Beziehungen anpreist. Dies führt zu neuen Bündnissen, welche die Möglichkeiten der Einflussnahme der EU auf Israel zunehmend schmälern.

Bei einem Treffen zwischen Ministerpräsident Benjamin Netanyahu und den Regierungschefs der vier Visegrád-Staaten Ungarn, Slowakei, Tschechien und Polen, fand der israelische Staatschef Mitte Juni eindeutige Worte: Es wäre verrückt, dass die Europäische Union ihre Zusammenarbeit mit Israel an politische Konditionen knüpfe. Dies sei ein Alleinstellungsmerkmal der Europäer, niemand sonst würde die Beziehungen zu Israel derart einschränken, so Netanyahu.

Diese präzedenzlos klar formulierte Kritik an Europa ist Folgeerscheinung einer graduellen Frustration Israels mit den europäischen Bündnispartnern: Man fühlt sich trotz jahrelanger Erklärungsversuche der Bedrohungslage nicht verstanden. Die von der EU beschlossene Politik der Differenzierung, welche den Import von in

EUROPA UND SEINE NACHBARN: NAHOSTKONFLIKT

Siedlungen produzierten Gütern von Steuerbegünstigten im Rahmen des Handelsabkommens ausnimmt, ist eine Maßnahme die in Israel auf Unverständnis stößt und als Ausläufer der BDS-Bewegung (Boycott, Divest, Sanctions) gesehen wird. Man möchte Israel schaden, so das gängige Narrativ im Heiligen Land. Daher ist die israelische Antwort auf die EU-Initiative auch keinesfalls das angestrebte Kleinbegeben in der Siedlungsfrage, sondern stattdessen eine aktiv vorangetriebene Diversifizierung der diplomatischen Beziehungen, um diesem Druck zu entgehen.

Staatschef Netanyahu – der in Personalunion auch Außenminister ist – hat auf der Suche nach neuen Bündnispartnern ungekannte Maßstäbe gesetzt: Er war der erste israelische Staatschef in Australien, Singapur, Aserbaidshan Kasachstan, war der einzige israelische Ministerpräsident der in den letzten 30 Jahren Afrika besuchte und im September der erste israelische Regierungschef auf Staatsbesuch in Lateinamerika.

Dazu fallen zahlreiche historische Besuche anderer Staatschefs in Israel (wie der des indischen Präsidenten Narendra Modi), eine rasante wirtschaftliche Annäherung an China sowie ein vorerst erfolgreicher, diplomatischer Spagat zwischen Russland und den USA unter Präsident Trump in Netanyahus Amtszeit. Ein momentanes Zeitfenster für die Normalisierungen israelischer Beziehungen zu den Golfstaaten (mit Ausnahme von Katar und Kuwait) sorgt dafür, dass Israel sich derzeit einem internationalen Überschuss an diplomatischen Optionen gegenüber sieht.

Grund dafür sind auch die interessanten Kooperationsmöglichkeiten die Israel bietet. Die israelische Hi-Tech- und Start-Up-Szene boomt, innovative und lukrative Firmen gibt es im Heiligen Land wie Sand am Meer. Die militärischen Fähigkeiten und die kampferprobten Kriegsmaterialien, die Israel sich im Laufe der Jahre

aneignen musste, stoßen in Zeiten des grenzüberschreitenden Terrors auf globales Interesse. Wer mit solchen Trümpfen aufwarten kann, muss sich die Gunst der internationalen Gemeinschaft nicht mit Zugeständnissen an die Palästinenser erwerben. Langfristiges Ziel Israels diplomatischer Kampagne ist es, die israelischen Beziehungen zu den Ländern der Welt von der »palästinensischen Frage« zu entkoppeln und sich als attraktives Land zu präsentieren, welches sich zum Wohle aller für Terrorbekämpfung und technologischen Fortschritt einsetzt. In Israel setzt

man deshalb auf bilaterale Beziehungen, um sich dem moralischen Zeigefinger supranationaler Organisationen zu entziehen.

Das ist besonders bedeutsam, da die Beziehung zur VN aufgrund zahlreicher Resolutionen im Sicherheitsrat, in der Generalversammlung und durch UNESCO gegen Israel in den letzten Jahren auf einen Tiefpunkt gefallen sind. UNESCOs Anerkennung Palästinas als vollwertiges Mitglied in 2011 und die Aufwertung Palästinas durch einen Beobachterstatus in der Generalversammlung der VN im Jahr darauf sind Entscheidungen, welche die



Foto: IDF Cyber Cadets in Pokemon-Inspired Exercise von Israel Defense Forces / Flickr / CC BY-NC 2.0

Das über die Jahre erworbene Know-how auf den Gebieten der Terrorbekämpfung und Cyber-Defense hat Israel zu einem international begehrten Player aufwachsen lassen.

EUROPA UND SEINE NACHBARN: NAHOSTKONFLIKT

Ungeduld der internationalen Gemeinschaft im Hinblick auf den ungeklärten Status der Palästinenser verdeutlichen.

Spätestens aber nachdem UNESCO im Oktober 2016 der Klagemauer in Jerusalem ihren jüdischen Charakter absprach und die Mauer der muslimischen Kulturerbstätte des Tempelbergs zugehörig erklärte, war der Glaube an die VN in Israel verloren. Als U.S.-Präsident Barak Obama bei einer seiner letzten Amtshandlungen am 23. Dezember 2016 das gewohnte amerikanische Veto im Sicherheitsrat gegen Resolution 2334 verweigerte und die VN damit einstimmig den Siedlungsbau im Westjordanland für illegal erklärte, zog Israel Konsequenzen aus der vermeintlich anti-israelischen Haltung der VN.

Das Budget für die VN wurde seitdem in vier Schritten um insgesamt 10 Millionen US-Dollar (von ursprünglichen 11,7 Mio. jährlich) gekürzt. Ein Teil des eingesparten Budgets soll für die Finanzierung eines jüdischen Museums in Kirjat Arba (einer Siedlung am Stadtrand von Hebron) verwendet werden, nachdem UNESCO in einer fragwürdigen Resolution das Grab der Patriarchen Abraham, Jakob und Isaak sowie deren Frauen zu einer exklusiv palästinensischen Kulturerbstätte erklärt hatte.

Auch der EU gegenüber ist Israels Standpunkt wenig nachgiebig: Bei einem Treffen mit dem damaligen deutschen Außenminister Steinmeier im



Gerade Sicherheitsmaßnahmen zur Vorbeugung von Terroranschlägen, wie hier am Tempelberg in Jerusalem, tragen zu dem Bild einer Besatzungsmacht bei, die ohne Unterscheidung die palästinensische Bevölkerung gängeln würde – eine Kritik, die auf Seiten der israelischen Regierung auf Unverständnis und Ablehnung stößt.

undenkbar und kontraproduktiv, da Ostjerusalem von Israel keinesfalls als Siedlung gesehen werde. Dies sind nur einige der zahlreichen Hinweise

nicht zu, kann es auf ein breit gestreutes, bilaterales Netzwerk von Unterstützern und »unpolitischen« Partnern zurückfallen. Die finanzielle Rüge der Kürzung des VN-Haushaltes sowie die diplomatische Abstrafung Neuseelands und Senegals nach Resolution 2334 zeigen, dass Israel keinerlei politische Isolierung zu befürchten scheint, ja sogar zu diplomatischen Offensiven bereit ist.

Innerhalb der EU verlässt sich die israelische Außenpolitik in diesen Fällen auf Griechenland, Zypern oder die bereits genannten Visegrád-Staaten. Deren Regierungen wollen vornehmlich nationale Interessen bedienen und sehen den

darauf, dass die Kritik supranationaler Institutionen nicht zur gewünschten Reaktion führt. Denn durch die Diversifizierung der außenpolitischen Bündnisse hat Israel sich ein diplomatisches Optionsrecht geschaffen. Stimmt Israel dem Standpunkt der EU

Der Glaube an die Vereinten Nationen ist verloren.

November 2016, gab sein damaliger israelischer Amtskollege Avigdor Liberman ganz klar zu verstehen, dass Israel den Bau von Wohneinheiten in Ostjerusalem niemals einstellen werde. Ganz gleich wie viel Druck die EU anwende, dies sei

EUROPA UND SEINE NACHBARN: NAHOSTKONFLIKT

Schlüssel dazu in einer engen Bindung zu Israel. Das israelbezogene Regelwerk aus Brüssel tritt dabei oftmals in den Hintergrund.

Zum Beispiel entschied sich das tschechische Parlament Ende Mai dazu, der israelischen Wahl

drängen, nur um zu verhindern, durch erzwungene Zugeständnisse im Nahostkonflikt an Souveränität einzubüßen und bevormundet zu werden. Für die deutsche Politik stellt sich damit die große Herausforderung, den eigenen demokratischen

fordern, allerdings nie in dieser Weise präsentiert haben.

Im Licht der jetzigen diplomatischen Konfiguration für Israel, könnte es für die EU ratsam sein, derartige Pakete anzubieten. Tschechien genießt das Vertrauen des israelischen Staates, obwohl es ebenso auf der Zweistaatenlösung beharrt wie andere europäische Regierungen. Denn bei einem klaren Angebot wäre das Argument der rechten Koalition entzaubert, man wolle Israel nur schaden. Es ginge dann um souveräne Entscheidungen, keinen durch externen Druck erzwungener Verzicht. Ein kleiner aber feiner Unterschied, der in Israel sehr genau gemacht wird.

Stefan Wolfrum *hat in Jerusalem internationale Beziehungen studiert und ist Forschungsassistent an der Stiftung Wissenschaft und Politik.*

...

Eine zweigleisige Anerkennung als Schlüssel?

Jerusalems als Hauptstadt »Respekt zu zollen« – ein Standpunkt den die EU so nicht teilt. Auch erkannte Russland, in einem wenig beachteten Schritt im April 2017, als erstes Land überhaupt Westjerusalem als Hauptstadt Israels an. Die amerikanische Botschaft, welche von Präsident Trump nach Westjerusalem gebracht werden soll, ist zur Zeit noch in Tel Aviv. Die »neuen Unterstützer«, die Israel in Osteuropa, Afrika und Asien gefunden hat, sind unkomplizierter und haben weniger Skrupel als der Westen, Israels rechtsgerichtete Regierung zu unterstützen.

Vor allem für Deutschland stellt sich die Frage, wie man sich Israel gegenüber verhalten soll. Historisch bedingt ist man Israel verpflichtet. Dies schlägt sich in der von Merkel formulierten Staatsräson nieder, für Israels Sicherheit garantieren zu wollen. Doch muss man sich auch bewusst sein, dass man Israel für klare Fehltritte kritisieren darf. Die deutsche Staatsräson ist keine moralische Freikarte. Allerdings ist zu beachten, welche Dynamiken in Israel entstehen können, wenn im Rahmen der EU unverhältnismäßiger Druck angewandt wird.

Um die scheinbar fehlende Einflussnahme auf Israel und seine rechtsorientierte Regierung zu kompensieren, läuft die EU sowie die VN Gefahr, sich auf eine Politik der Kritik zu versteifen. Eine breite Front internationalen Drucks könnte Israel in Zukunft zu waghalsigen bilateralen Bündnissen

Prinzipien treu zu bleiben und Israel gleichzeitig glaubwürdig von der Bündnisbereitschaft Deutschlands zu versichern.

Doch das tschechische und russische Vorgehen zeigt, dass die Desillusion Israels mit internationalen Institutionen auch Chancen bietet: Mit einer simplen Respektbekundung hat Tschechien erreicht, was man sich in Deutschland derzeit nur wünschen kann: Ein offenes Ohr in Israel. Doch nicht nur das. Als das tschechische Parlament mit 112-2 Stimmen die Resolution zu Jerusalem annahm, und sich damit direkt gegen die Resolutionen der UNESCO stellte, wurde gleichzeitig die Zweistaatenlösung als beste Option proklamiert und Israel dazu aufgefordert, bilaterale Friedensverhandlungen mit den Palästinensern aufzunehmen. Russland, welches Westjerusalem eindeutig als Hauptstadt Israels anerkannt hat, hat im gleichen Zug auch Ostjerusalem als Hauptstadt des zukünftigen palästinensischen Staates bezeichnet.

Diese zweigleisige Anerkennung schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe, in der sie ein lang ersehntes Zugeständnis an Israel macht und – ohne zusätzlich Druck aufzubringen – den Palästinensern ebenfalls einen Anspruch auf die Heilige Stadt einräumt. Will Israel also Russlands Anerkennung für seine Hauptstadt, so muss es in diesem Fall auch akzeptieren, dass Ostjerusalem den Palästinensern zufällt. Ein Punkt den EU und VN schon jahrelang

Quellen und Links:

[Rede Netanyahus auf der Webseite der Staatskanzlei vom Mai 2017.](#)

[Bericht von Greer Fay Cashman in der Jerusalem Post vom März 2017.](#)

[Bericht von Herb Keinon in der Jerusalem Post vom Januar 2016.](#)

[Analyse von Aluf Benn in Haaretz vom Juli 2017.](#)

[Bericht der Times of Israel vom Juli 2017.](#)

[Bericht von Herb Keinon in der Jerusalem Post vom Mai 2017.](#)

[Artikel von Irena Kalhousová in Visagrad Revue vom April 2012.](#)

[Bericht von Raphael Ahren in der Times of Israel vom April 2017.](#)



HILFE, HILFE — WENN DIE EU DEN SÜDEN ENTWICKELN WILL

VON JEROME KUCHEJDA

Die Um- und Zusammenbrüche in der südlichen Nachbarschaft ab 2011 haben Europa gänzlich unvorbereitet getroffen. Hat man früher noch ungehemmt mit den autoritären Herrschern zusammengearbeitet, um die eigenen Stabilisierungsziele zu erreichen, so musste nach dem sogenannten »Arabischen Frühling« ein zwangsläufiger Wandel erfolgen. Heute sollen Stabilisierungsziele vor allem durch entwicklungspolitische Maßnahmen erreicht werden, die diese aber nicht erfüllen können.

Als sich der tunesische Gemüsehändler Mohamed Bouazizi im Dezember 2010 mit Benzin übergoss und anzündete, glaubte niemand, dass dies binnen kurzer Zeit Revolten in ganz Tunesien auslösen würde. Innerhalb weniger Wochen war das autoritäre Regime Ben Alis gestürzt. Der Präsident und seine Familie mussten per Flugzeug aus dem Land fliehen. Erst recht niemand konnte ahnen, dass die Ereignisse im kleinen Tunesien einen Dominoeffekt in weiten Teilen der Arabischen Welt herbeiführen würden.

In fast allen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens gab es daraufhin Proteste gegen die Machthaber. In einigen, wie zum Beispiel in Libyen und in Ägypten, wurden jahrzehntelang herrschende autokratische Dynastien gestürzt. Im Jemen und in Syrien haben sich die

EUROPA UND SEINE NACHBARN: STABILISIERUNGSZIELE

Auseinandersetzungen zu schweren Bürgerkriegen mit Hunderttausenden Toten entwickelt. Trotz internationaler Vermittlungsversuche und externer Hilfe beim Staatsaufbau hat sich bis heute in beiden Ländern keine post-revolutionäre staatliche Ordnung etabliert. Dabei kommt erschwerend hinzu, dass die Außenstehenden unterschiedliche Interessen verfolgen.

Vor dem sogenannten »Arabischen Frühling« gab es keine Szenarien des Um- beziehungsweise Zusammenbruchs der vermeintlich stabilen Regime Nordafrikas und des Nahen Ostens - weder unter sogenannten »Nahostexperten« noch seitens europäischer und anderer westlicher Regierungen.

Besonders in der EU war man auf eine solche Zäsur in der unmittelbaren Nachbarregion gänzlich unvorbereitet. Hatte man doch zuvor jahrelang insbesondere die nordafrikanischen Regime unterstützt. Der Deal war einfach: Die autoritären Systeme fungierten als Bollwerk gegen radikale Islamisten und garantierten weitgehenden innerstaatlichen Frieden in der Region. Gleichzeitig hielten sie Flüchtlingsströme aus Subsahara-Afrika zurück, sodass Flüchtende sich nicht von der nordafrikanischen Küste aus in Richtung Europa aufmachen konnten. Im Gegenzug erhielten sie finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung sowie militärisches Gerät und Waffen. Vereinfacht dargestellt war das jahrelang die EU-Strategie zur Stabilisierung ihrer südlichen Peripherie.

Als ab 2011 die Entwicklungen in der arabischen Welt ihren Lauf nahmen, gab es zu Beginn noch große Euphorie ob des demokratischen Aufbruchs. Nur wenige, wie zum Beispiel der inzwischen verstorbene Peter Scholl-Latour, sahen schon damals am Horizont die Gefahren von Staatszerfall, Bürgerkrieg, Terrorismus und die daraus resultierenden Flüchtlingsbewegungen, die die Region bis heute plagen, und auch die Europäer vor eine Herausforderung stellen. Die Reaktion der EU auf die Um- und Zusammenbrüche in der südlichen



Langjährige Diktatoren und vermeintliche Garanten für Stabilität in Nordafrika: der ehemalige ägyptische Präsident Hosni Mubarak, der libysche Revolutionsführer Muammar Gaddafi sowie der tunesische Präsident Zine el-Abidine Ben Ali. Bis sie 2011 gestürzt wurden, war sich die EU nicht zu schade, politische Deals mit ihnen einzugehen.

Nachbarschaft war alles andere als schnell. Zu sehr war sie seinerzeit mit der Wirtschafts- und Finanzkrise beschäftigt. Einzelne europäische Staaten antworteten mit bilateralen Vorgehensweisen – wohl auch, da sie erkannten, dass für die unmittelbare Stabilisierung der südlichen Nachbarschaft schnelle Antworten erforderlich waren und Abstimmungen auf EU-Ebene zu zeitaufwändig gewesen wären.

Um einige Beispiele aus Deutschland zu nennen: Das Auswärtigen Amt hatte bereits 2011 die sogenannte »Transformationspartnerschaft« ins Leben gerufen, die Demokratisierungs- und Reformprozesse in Tunesien, Marokko, Libyen, Ägypten, Jordanien und Jemen und ab 2016 auch im

Libanon und Irak unterstützte. Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) reagierte 2013/2014 mit der sogenannten »Sonderinitiative Nordafrika, Nahost« und der »Sonderinitiative Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren«. Die EU folgte erst 2015 mit einer Revision ihrer Nachbarschaftspolitik, die sie sowohl strategisch als auch finanziell an die veränderten Umstände anpasste.

Das Ziel dieser Ansätze ist klar: sie stellen eine ad-hoc-Reaktion auf den Zusammenbruch staatlicher Ordnung in der unmittelbaren südlichen Nachbarschaft dar und sollen einen Beitrag zur (Re-)Stabilisierung der Arabischen Welt leisten. Der

Fotos: Hosni Mubarak / Ricardo Stuckert / CC BY 3.0 BR - Muammar al-Gaddafi / U.S. Navy photo / Public domain - Zine El Abidine Ben Ali / Presidencia de la Nación Argentina / CC BY 2.0

EUROPA UND SEINE NACHBARN: STABILISIERUNGSZIELE

Stabilisierungsbegriff wird hierbei fast unisono unter den Aspekten wirtschaftlicher Entwicklung, der Bekämpfung illegaler Migration sowie der Prävention von Extremismus gefasst. In diesem Rahmen soll Entwicklungszusammenarbeit den entscheidenden Beitrag leisten, die Situation in von Krisen betroffenen Regionen zu stabilisieren.

Nur wenn die Menschen in ihren Ländern eine Perspektive haben, bleiben sie auch dort.

Diese Ansprüche spiegelten sich vor einigen Jahren noch nicht mit dieser Deutlichkeit in der Entwicklungspolitik wider. Dieses Politikfeld wurde in den letzten Jahren zunehmend mit dem Stabilisierungsbegriff in Verbindung gebracht. So werden heute gezielt Aufnahmeländer für Flüchtlinge (wie Jordanien oder der Libanon) unterstützt, damit diese sich unter der hohen Anzahl Flüchtlingen nicht weiter destabilisieren. In Ländern, aus denen viele Flüchtlinge kommen, sollen Bleibeperspektiven geschaffen werden, damit sich nicht noch weitere auf den Weg machen.

Prinzipiell ist hierfür ist nicht nur die Beilegung der innerstaatlichen Konflikte und Kriegshandlungen notwendig, sondern auch eine nachhaltige sozioökonomische Entwicklung erforderlich. Denn nur wenn die Menschen in ihren Ländern sicher sind und eine Perspektive für sich und ihre Familien haben, bleiben sie auch dort. Dass entwicklungspolitische Maßnahmen hierzu nur einen marginalen Beitrag leisten können, wird in der Debatte oft ausgeblendet.

Die beschriebene Entwicklung ist hochproblematisch, denn sie baut Erwartungshaltungen an die Entwicklungspolitik auf, die diese keineswegs erfüllen kann. Um die gesteckten

Stabilisierungsziele tatsächlich zu erreichen, müssen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- 1) Andere relevante Politikfelder wie die Handels- oder Außenpolitik müssen sehr viel stärker in die Pflicht genommen werden. Sie bieten wesentlich größere Hebel und Möglichkeiten der

Einflussnahme. Für die Stabilisierung der südlichen Nachbarschaft ist die Beilegung der Konflikte und kriegesischen Auseinandersetzungen unabdingbar. Hierfür muss die EU sehr viel stärker auf außenpolitische Instrumente wie Vermittlung und gegebenenfalls Sanktionen setzen, um eine Lösung herbeizuführen.

- 2) Zur Schaffung sozioökonomischer Stabilität und Prosperität muss die Abschottung des EU-Marktes für Produkte aus den südlichen Nachbarländern überdacht werden. So bietet zum Beispiel der Export von agrarischen Produkten aus Ländern wie Tunesien oder Marokko großes Potential für Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen.
- 3) Es ist wichtig, privates Kapital zu mobilisieren und die Länder der südlichen Nachbarschaft stärker in internationale Wertschöpfungsketten zu integrieren. Öffentliche Gelder machen nur einen Bruchteil der globalen Finanzströme aus und es ist absurd zu glauben, allein mit öffentlichen Mitteln die gewünschten Wirkungen zu erreichen.

Leider ist diese Offenheit und Weitsicht in der gegenwärtigen Debatte zur Stabilisierung der südlichen Nachbarschaft noch nicht zu erkennen. Herausforderungen wie große Flüchtlingswellen oder zunehmende Radikalisierung lassen sich nicht durch Aufstockungen eines einzelnen Politikfeldes lösen. Hierfür müssen politikfeldübergreifende Lösungen gesucht und gefunden werden.

Jerome Kuchejda ist Politikwissenschaftler und arbeitet derzeit als Berater in Nordafrika.

...

Quellen und Links:

[Auswärtiges Amt, Homepage zur Transformationspartnerschaft.](#)

[Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Homepage zur »Sonderinitiative Nordafrika, Nahost«.](#)

[Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Homepage zur »Sonderinitiative Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge re-integrieren«.](#)

[Europäische Kommission \(2017\), »Neu gestaltete Europäische Nachbarschaftspolitik: Förderung von Stabilisierung, Resilienz und Sicherheit«.](#)



SCHÖNER VERANTWORTEN — LEHREN AUS LIBYEN

VON STEVEN KLEEMANN

Das Konzept »Responsibility To Protect« (R2P) oder »Schutzverantwortung« ist im Vergleich zu anderen Völkerrechtskonzepten noch relativ jung. Der aufgekommene Wunsch, künftig massivste Menschenrechtsverletzungen zu verhindern und rechtzeitig und im Rahmen des Völkerrechts Maßnahmen zu ergreifen, kam auf die Agenda der Vereinten Nationen. Im Folgenden soll es um den Höhepunkt dieser Entwicklung – der vollständigen Anwendung in Libyen, und der danach möglichen Weiterentwicklung des Konzepts gehen.

Genug ist genug. Nach den völkerrechtswidrigen Verbrechen in Ruanda, Srebrenica, Somalia oder andernorts sah sich die internationale Gemeinschaft in den neunziger Jahren nicht länger in der Lage, solche Situationen hinzunehmen. Der Auftrag, humanitäre Katastrophen künftig zu verhindern, wurde an die auf Initiative Kanadas nach dem Millenniumstreffen der Generalversammlung im Jahr 2000 ad-hoc eingerichtete »International Commission on Intervention and State Sovereignty« (ICISS) übertragen.

Die wohl größte Herausforderung während des gesamten Verhandlungsprozesses war es, staatliche Souveränität – dessen Wurzeln auf dem Westfälischen Frieden von 1648 gründen – und der

EUROPA UND SEINE NACHBARN: RESPONSIBILITY TO PROTECT

Möglichkeit, Interventionen auf fremdem Staatsgebiet durchzuführen, in Einklang zu bringen.

Das Ergebnis dieses Prozesses wurde 2001 in dem von der ICISS veröffentlichten Bericht »Responsibility to Protect – Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty« festgeschrieben. Die Kommission begreift Souveränität als Verantwortung in zweierlei Hinsicht – als interne sowie externe Verantwortung des Staates. Das Konzept beinhaltet drei Kernelemente, beziehungsweise Säulen: die Verantwortung der Prävention (prevent), des Reagierens (react) und des Wiederaufbaus (rebuild).

Das Hauptaugenmerk liegt hierbei auf der externen Verantwortung und damit auf der zweiten Säule (react), da diese das Recht zur Intervention beinhalten könnte. Generell wird von einigen angenommen, dass es sich bei dieser Diskussion lediglich um die Fortsetzung der Debatte zum Konzept der »humanitären Intervention« handelt. Dies wird der R2P-Doktrin nicht umfänglich gerecht. Im gesamten Konzept von R2P stellt die militärische Intervention lediglich eine Handlungsweise dar und soll zwingend als Ultima Ratio und am wenigsten wünschenswerte Option

Auf dem UN-Weltgipfel 2005 in New York wurde die Doktrin erneut aufgegriffen, ihr Anwendungsbereich jedoch auf die Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit reduziert, was als konträr zu dem vorherigen ICISS-Report gesehen werden kann. Die Intention dabei war, auf diese Weise das Risiko missbräuchlicher Anwendung humanitärer Interventionen zu verringern und die Akzeptanz der Doktrin dadurch zu stärken.

Einer der interessantesten Fälle im Zusammenhang dieser entstehenden Norm ist der Fall Libyen. Zum ersten Mal seit dem Aufkommen von R2P wurde dieses Konzept vollständig aktiviert und als Rechtsgrundlage für internationale Aktionen mit der höchstmöglichen Eskalationsstufe – der militärischen Intervention – herangezogen.

Als der »Arabische Frühling« auch Libyen erreichte, entwickelte sich die Lage in einem rasanten Tempo ins Negative. Friedliche Demonstrationen wurden von der Regierung Muammar al-Gaddafis mit militärischer Gewalt zurückgedrängt und nachdem Gaddafi auch nicht auf die Kritik des UN-Menschenrechtsrats, sowie

Im Fall Libyen ist das R2P-Konzept zum ersten Mal vollständig aktiviert worden.

angewandt werden. Gemäß ICISS ist externe Staatenverantwortlichkeit nur dann berührt, wenn ein Staat offensichtlich nicht willig oder nicht fähig ist, seiner Schutzverantwortung nachzukommen oder selbst der Verursacher schwerster Verbrechen ist. Ob dies der Fall ist, muss anhand verschiedener Kriterien festgestellt werden (siehe Info-box).

des UN-Sonderberaters für die Verhütung von Völkermord reagierte, verabschiedete der UN-Sicherheitsrat am 26. Februar 2011 die Resolution 1970. Darin wurde bereits festgehalten, dass die Gewalt des Regimes zum Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit führen könnte.



Foto: A Brazilian UN peacekeeper walks with Haitian children von David A. Frech / US Navy / Public Domain

R2P or not to be

Zu den Anwendungskriterien der R2P-Norm gehören:

- 1) ein extremes Ausmaß der Bedrohungslage (just cause),
- 2) der richtige Zweck (right intention),
- 3) alle anderen Mittel sind ausgeschöpft (last resort),
- 4) Umfang, Dauer und Intensität der Maßnahmen müssen auf ein Minimum begrenzt sein (proportional means),
- 5) es muss Aussicht auf Erfolg gegeben sein und das Eingreifen darf die Situation der zu Schützenden nicht zum Nachteil gegenüber eines Nichteingreifens verschlechtern (reasonable prospects) und
- 6) schließlich muss die Autorisierung einer Intervention von geeigneter Stelle erfolgen (right authority). Für letzteres eignet sich laut ICISS – trotz seiner funktionalen Defizite – kein Organ besser, als der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

EUROPA UND SEINE NACHBARN: RESPONSIBILITY TO PROTECT

Als weiteres starkes Zeichen beauftragte der UN-Sicherheitsrat den Internationalen Strafgerichtshof gegen Gaddafi zu ermitteln. Nachdem kein Einlenken Gaddafis absehbar war – er verschärfte im Gegenteil noch seinen Ton gegenüber den Rebellen und verkündete in einer Radioansprache am 11. März 2011, dass seine Truppen kein

Erbarmen zeigen würden – und er damit überraschend deutlich schwerste Menschenrechtsverletzungen ankündigte, verabschiedete der UN-Sicherheitsrat bereits am 17. März 2011 die Resolution 1973. Diese knüpfte an die Sanktionen der vorherigen an, legte zusätzlich unter anderem eine Flugverbotszone sowie ein Waffenembargo fest

und fror Gelder des Regimes ein. Der wichtigste Punkt befand sich jedoch in Paragraph 4 der Resolution in dem es heißt, dass die »Mitgliedsstaaten [...] [ermächtigt sind] alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen [...] um [die] Zivilbevölkerung [...] zu schützen«. Damit ist militärische Gewalt eingeschlossen.

Werden die Kriterien des ICISS zur Anwendung der R2P angelegt, wird deutlich sichtbar, dass diese im Fall Libyen erfüllt werden – dies gilt auch mit Hinblick auf den reduzierten Anwendungsbereich nach 2005. Besonders interessant ist der Fakt, dass das starke Kriterium »right authority« hier vorliegt, denn der UN-Sicherheitsrat blockierte trotz seiner damaligen, bemerkenswerten Zusammensetzung die Resolution nicht. 2011 waren alle »BRICS«-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) Mitglieder des UN-Sicherheitsrates. Diese Staaten – oftmals als größte Gegner des R2P-Konzepts bezeichnet – haben die Resolution nicht verhindert.

Die BRICS-Staaten pauschal als reiner Gegner der Doktrin abzutun ist bei genauer Betrachtung ohnehin verfehlt. Wie bereits erwähnt, ist R2P weit mehr als ein Versuch in einem anderen Staat militärisch zu intervenieren. Die R2P kann auch aktiviert werden ohne die größte Eskalationsstufe der Militärintervention mit einzubeziehen. In solchen Fällen stimmten auch die BRICS-Staaten früher zugunsten von R2P. Die Gründe, warum diese die Resolution 1973 nicht verhinderten sind vielfältig: Zum einen, weil hochrangige UN-Vertreter bereits deutlich machten, dass es sich um einen definitiven Fall von R2P handelt und zum anderen weil lokale Akteure wie der Golf-Kooperationsrat, die Arabische Liga und der UN-Sicherheitsrat der Afrikanischen Union die Maßnahmen unterstützten.

Besondere Beachtung verdienen die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, die zwar nicht gegen oder für die Resolution votierten oder kein Veto

Foto: Deutschland bei der UNO von John McIlwaine / UN Photo / Public Domain



Deutschland hatte für die Jahre 2011 und 2012 einen Sitz als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat inne. Für viele überraschend nahm Außenminister Guido Westerwelle von diesem Mandat jedoch bei der Resolution 1973 am 17.03.2011 in Form der Stimmenthaltung Gebrauch, als es um die Einrichtung einer Flugverbotszone in Libyen ging. Während der Außenminister seine Entscheidung im Nachgang als Ausdruck einer deutschen Kultur militärischer Zurückhaltung interpretierte, warfen ihm Kritiker die außenpolitische Isolierung der Bundesrepublik vor.

EUROPA UND SEINE NACHBARN: RESPONSIBILITY TO PROTECT

einlegten, sondern sich enthielten. Dies waren Deutschland, Brasilien, Indien und Russland und China. Im weiteren Verlauf übte vor allem Russland scharfe Kritik an der Umsetzung der Resolution und warf der Nato vor, ihr Mandat überschritten zu haben. So dürfe R2P etwa niemals lediglich einen Regimewechsel als Ziel haben und Frankreich beliefere trotz des Waffenembargos die Rebellen mit ebensolchen.

Warum Deutschland nicht für die Resolution votierte ist fraglich, denn generell gilt Deutschland als Befürworter des Konzeptes. Darüber hinaus reklamierte die Bundesrepublik in der Vergangenheit für sich eine Vorreiterrolle in Bezug auf die Norm, sowie deren Entwicklung auf internationaler Ebene einzunehmen. Die deutsche Enthaltung und damit ein Ausscheren gegenüber seinen Gleichgesinnten wurde daher irritiert aufgenommen. Ein zweifelhafter Schulterchluss mit Russland, China, Brasilien und Indien – also den Gegnern von R2P? Offiziell hieß es, dass die Bundesregierung die Sanktionen unterstütze, die Risiken einer militärischen Intervention jedoch unwägbare wären.

Offen bleibt jedoch, inwiefern die bisher getroffenen Maßnahmen der Bundesrepublik ihrem Selbstverständnis als treibende Kraft in Bezug auf Schutzverantwortung gerecht werden. Praktisch umgesetzt wird wenig und somit entsteht eine Diskrepanz zwischen nominalen Bekenntnissen und praktischer Umsetzung.

Es scheint, als wurden gut klingende Worte wie »Schutz der Zivilbevölkerung«, »Verhinderung schwerster Menschenrechtsverbrechen« und dergleichen sich zu Eigen gemacht, aber als es Ernst wurde gab es keine klare Außenpolitische Strategie zur Umsetzung. Das ist zum einen daran zu erkennen, dass die Enthaltung trotz Gefahr im Verzug – durch Gaddafis Ankündigung Kriegsverbrechen zu begehen – bestand und damit der Ermessensspielraum bezüglich einer

Intervention erheblich reduziert wurde. Zum anderen vermag die von Deutschland vorgebrachte Befürchtung auf eine »schiefe Ebene« zu geraten als Argument nicht zu überzeugen. Zum ersten ist die Abwägung zwischen den Optionen keine »Opfer« gegen »Interventionopfer«, der falsche Ansatz und zum letzteren ist zu sagen, dass ein »Ja« zum Sicherheitsrat nicht automatisch bedeutet, dass sich die geforderte Unterstützung zwangsläufig zu

einem Ruf nach deutschen Bodentruppen ausweitet, was auch gewiss keine Mehrheit im Bundestag gefunden hätte. Eventuell rangierte die emergierende Norm im Auswärtigen Amt auch aufgrund ihres noch nicht-bindenden Charakters lange Zeit unter dem Radar der von Juristen geprägten Leitungsebene und deshalb gab es keine adäquate und überzeugende Reaktion auf die Ereignisse.



Auch in den folgenden Jahren beschäftigte die Situation in Libyen den UN-Sicherheitsrat weiterhin: Hier verabschiedet das Gremium die Resolution 2292 (2016), mit der die Mitgliedstaaten ermächtigt werden, auf hoher See vor der libyschen Küste Schiffe zu kontrollieren, ob sie gegen das Land verhängte Waffenembargo verstoßen – einstimmig.

Foto: Council Authorizes Inspection of Suspected Embargo-Breaking Vessels off Libya's Coast von United Nations Photo / flickr / CC BY-NC-ND 2.0

EUROPA UND SEINE NACHBARN: RESPONSIBILITY TO PROTECT

Was bedeutet das für die Zukunft von R2P? Die Kritik an der Intervention war erheblich. Nicht nur klassische Gegner der Doktrin wie Russland übten diese massiv an der weiteren Entwicklung beim Vorgehen in Libyen, auch andere Staaten äußerten

verletzungen. Die Säule »rebuild« scheint, wie auch Peter Rudolf in seiner SWP-Studie »Schutzverantwortung und humanitäre Intervention« (2013) erörtert, völlig außer Acht gelassen worden zu sein.

Spannung zu beobachten. Man sollte bei allen Überlegungen auch nicht vergessen, dass die übergeordnete Intention der Doktrin die Verhinderung der schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzung ist – ein Punkt, in dem sich alle Akteure einig sind.

Um als Prinzip im Völkerrecht zu bestehen, muss R2P sowohl effizient, als auch konsistent werden.

sich kritisch. Das Ergebnis der Intervention ist darüber hinaus in seiner Ganzheit nicht positiv: Das Land steckt weiterhin in einem Bürgerkrieg, immer noch geschehen schwerste Menschenrechts-

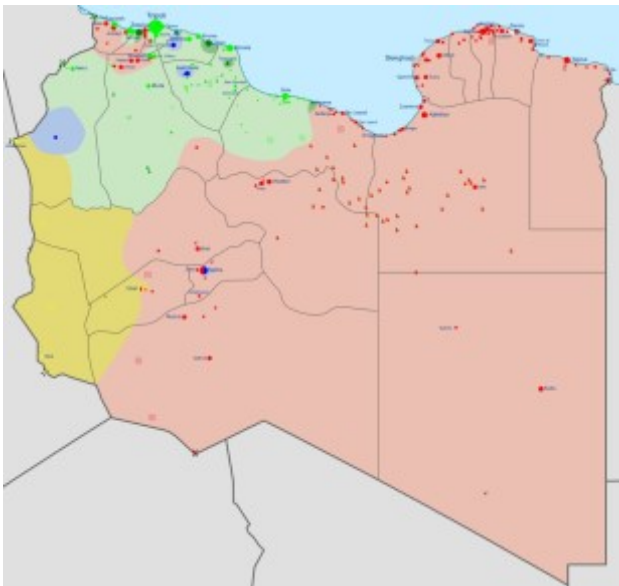
Gegebenenfalls könnte darin jedoch auch die Zukunft der R2P Doktrin liegen, da es nicht lediglich als Synonym für militärische Interventionen anzusehen ist. Die Bestandteile »prevent«, »react« und »rebuild« gehören alle gleichermaßen dazu und so sollte trotz der Kritik nicht vergessen werden, dass das Konzept auch Maßnahmen zur Prävention und zum Wiederaufbau zum Inhalt hat. Es muss darauf gedrängt werden, dass es einen überzeugenden Plan zur vollständigen Beseitigung der Gefährdungslage für die Zivilbevölkerung, sowie für einen effektiven Wiederaufbau gibt, sobald es zur (vollständigen) Aktivierung von R2P kommt. Andernfalls sollte man weniger von R2P in seiner Gesamtheit sprechen, als vielmehr doch wieder zum früheren Terminus der »humanitären Intervention« zurückkehren.

Was das für den Fortbestand von R2P bedeutet und wohin sich diese Doktrin entwickeln wird, ist daher schwer abschließend zu beurteilen. Manche sprechen bereits von einer sich entwickelnden Norm, andere beschwören ihr Ende. Um als Prinzip im Völkerrecht zu bestehen, muss R2P sowohl effizient, als auch konsistent werden. Trotz der kontroversen Haltung einiger Staaten – vor allem der BRICS bezüglich der Säule »react« – bedeutet dies nicht, dass das gesamte Konzept gescheitert ist. Die weitere Entwicklung bleibt daher mit

Steven Kleemann studiert aktuell *International Human Rights and Humanitarian Law LL.M.* an der Europa Universität Viadrina und ist als Werkstudent im Generalsekretariat von Amnesty International tätig.

...

Foto: Libyan Civil War detailed map von Ali Zifan / wikipedia / CC BY-SA 4.0



Die Lage im Juni 2017: trotz aller internationaler Bemühungen ist Libyen weiterhin ein failed state, in dem unterschiedliche Akteure ihre Machtbestrebungen durchzusetzen versuchen.

Quellen und Links:

[The Responsibility to Protect – Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty, Dezember 2001.](#)

[Peter Rudolf, Schutzverantwortung und humanitäre Intervention – Eine ethische Bewertung der »Responsibility to Protect« im Lichte des Libyen-Einsatzes, SWP-Studie, Berlin Februar 2013.](#)

[Harald Müller, Ein Desaster. Deutschland und der Fall Libyen, HSEK Standpunkte, Nr. 2/2011.](#)

[Resolution 1970 S/RES/1970 \(2011\) vom 26. Februar 2011.](#)



DER VERSTRICHENE SICHERHEITSVERTRAG

VON FLORIAN KRIENER

Nato-Russland-Rat, OSZE, EU, Europarat – alle Versuche, eine pan-europäische Sicherheitspolitik zu etablieren, sind bisher gescheitert. Der russische Vorschlag eines pan-europäischen Sicherheitsvertrags von 2009 wurde durch den Westen nicht einmal ernsthaft in Betracht gezogen. Das Scheitern dieses Vorschlags läutete eine Trendwende in der russischen Außenpolitik ein. Jedoch sollte es auch heute noch ein außenpolitisches Ziel darstellen, einen pan-europäischen Sicherheitsvertrag abzuschließen, da Frieden nur dann andauert, wenn alle Akteure an ihm beteiligt sind.

Nach dem Kalten Krieg: Der Zwei-plus-Vier-Vertrag, Öffnung der ehemaligen Sowjetunion, pan-europäischer Frieden und das Ende der Ost-West Feindschaft wurde proklamiert. Heute: Stellvertreterkriege in Syrien und Libyen, bewaffneter Konflikt in der Ukraine, Spannungen an den EU-Außengrenzen durch Truppenbewegungen von Nato und Russland. Mit anderen Worten: Wie konnte es nur dazu kommen, dass nicht einmal dreißig Jahre nach Ende des Kalten Krieges die alten Konfliktlinien wieder aufgebrochen sind?

Die Hintergründe der aktuellen Konflikte sind vielschichtig. Die mangelhafte institutionelle Einbindung Russlands in die pan-europäische Sicherheitsarchitektur ist ein wichtiger Aspekt.

EUROPA UND SEINE NACHBARN: RUSSLAND

Denn auf diese Weise könnten sicherheitspolitische Alleingänge verhindert, und (langfristig) Frieden in Europa geschaffen werden. Fraglich ist daher, welche Chancen der Vorschlag eines europäischen Sicherheitsvertrages für die Sicherheitszusammenarbeit in Gesamteuropa bietet und welche Folgen die Abkehr von diesem außenpolitischen Ziel hätte.

Historisch gesehen leitete die Schlussakte von Helsinki (1975) eine Trendwende ein. Zum ersten Mal kamen sowohl die Sowjetunion, die europäischen Staaten und die USA zusammen, um sicherheitspolitische Probleme gemeinsam und auf regelmäßig stattfindenden Konferenzen zu besprechen. Diese wurden unter dem Namen »Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« (KSZE) bekannt. Die Reformbewegungen in den Staaten des Warschauer Pakts bezogen sich auf die Schlussakte, um ihre Ansprüche zu legitimieren und leiteten somit auch das Ende der Sowjetunion und des Pakts ein.

Nach dem Ende des Kalten Krieges kamen die teilnehmenden Staaten mit optimistischer Ausrichtung wieder zusammen um eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa zu gestalten. Aus diesem Vorhaben entstand 1994 die »Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in

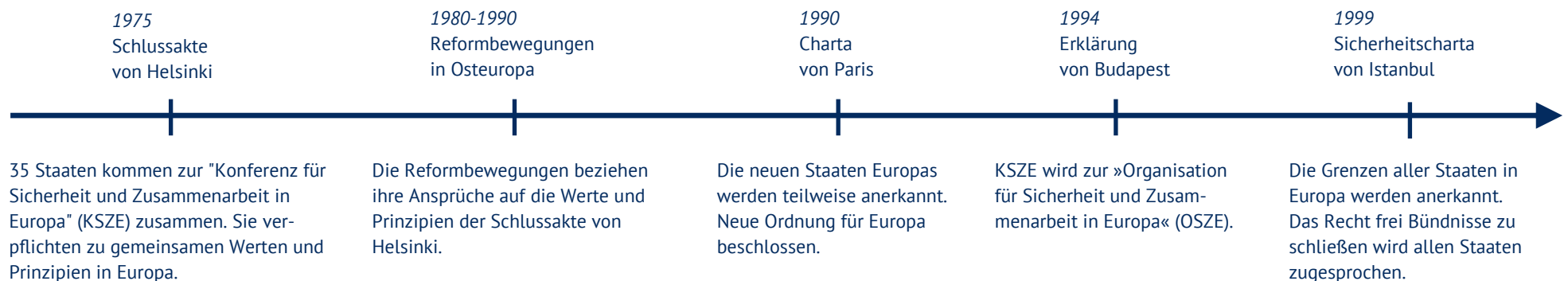


Am Ende unterzeichneten 1975 die Delegationsleiter von 35 Staaten das Hauptdokument der Konferenz. Hier zu sehen: Helmut Schmidt für die Bundesrepublik Deutschland, Erich Honecker für die DDR, Gerald Ford für die USA und Bruno Kreisky für Österreich (v.l.n.r.).

Europa« (OSZE). Heutzutage ist die OSZE die mitgliedstärkste regionale Sicherheitsorganisation und eines der wenigen Foren, in denen sich sowohl die Russische Föderation und die USA auf

Augenhöhe bei Sicherheitsfragen begegnen können. Trotz ihres Namens stellt die OSZE keine internationale Organisation dar. Hierfür würde sie nach dem Konventionsentwurf »zur Verantwortung

Meilensteine in der Geschichte der KSZE / OSZE



EUROPA UND SEINE NACHBARN: RUSSLAND

Internationaler Organisationen« von 2011 ein Statut benötigen. Die vier wichtigsten Dokumente der OSZE – die Helsinki Schlussakte, die Charta von Paris (1990), die Gipfelerklärung von Budapest (1993) und die Sicherheitscharta von Istanbul

Beobachter zwölf Wochen auf ihre Anerkennung als solche warten mussten. Dies erschwerte die Arbeit und Sicherheit der Beobachter erheblich.

Gleichzeitig bedeutet der fehlende völkerrechtliche Organisationscharakter, dass die

Sicherheitsrats unter Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen. Die Nato und der UN-Sicherheitsrat stellen neben der Europäischen Union heutzutage die wichtigsten Sicherheitsorganisationen in Europa dar. Während in den 1990er Jahren noch die Hoffnung bestand, dass die OSZE ebenfalls eine solche Bedeutung erreichen könne, flachten die Bestrebungen hierzu in den frühen 2000er Jahren ab.

Aufgrund dieser institutionellen Schwächen der OSZE, startete der damalige russische Präsident Dmitri Medwedew eine Initiative, die das Ziel hatte, eine gesamteuropäische Organisation für Sicherheitsfragen zu schaffen. Nach dessen Ankündigung bei einem Treffen mit deutschen Vertretern in Berlin am 05. Juni 2008 wurden die Grundrisse der Idee in einer Rede beim World Policy Forum im September 2008 in Evian konkretisiert. Daraufhin veröffentlichte der Kreml im November 2009 einen selbstausgearbeiteten Entwurf des Europäischen Sicherheitsvertrags (EST) und zirkulierte ihn unter den Mitgliedsstaaten der OSZE. Der Entwurf sollte in einem multilateralen Vertrag zwischen diesen Staaten münden.

Zentraler Bestandteil des EST sollte das Prinzip der verknüpften Sicherheit (»indivisible security«) werden. Das Prinzip der verknüpften Sicherheit

Ein Prinzip vernetzter Sicherheit im Hinblick auf die Mitgliedsstaaten.

(1999) – erklären jedoch alle, dass die OSZE weder eine internationale Organisation darstellt, noch ein rechtliches Statut hat.

Die fehlende völkerrechtliche Subjektqualität wird teilweise als vorteilhaft gesehen, weil deshalb die Organe und Einsatzmöglichkeiten der OSZE flexibler seien als die anderer Organisationen. Ihre Beschlüsse binden die Staaten nicht, sind nicht verpflichtend durchsetzbar und die Treffen unterliegen keinen strengen Regeln. Andererseits schränkt es die Handlungsfähigkeit der Missionen der OSZE ein. Exemplarisch hierfür ist die Beobachtermission in der Ostukraine, bei der die

OSZE nicht zu der zentralen Sicherheitsorganisation in Europa aufsteigen kann. Der Bundestagsabgeordnete Prof. Karl A. Lamers (CDU) beschrieb die OSZE symptomatisch als »Dialogforum«.

Während der Dialog ein wichtiger Bestandteil einer Sicherheitsorganisation ist, zeichnen sich die wichtigsten Sicherheitsorganisationen gerade durch ihren gefestigten institutionellen und völkerrechtlich verbindlichen Charakter aus. Beispielhaft hierfür sind die Bündnishilfe unter Artikel 5 des Washingtoner Vertrags in der Nato und die Handlungsmöglichkeiten des UN-

Meilensteine in der Geschichte der KSZE / OSZE



Foto: Bill Clinton and Boris Yeltsin 1994 von Bob McNeely / White House / Public Domain



Nach dem Zusammenfall der Sowjetunion begann in den neunziger Jahren zwar zwischen den ehemaligen Blockmächten ein gegenseitiges Bemühen alte Feindbilder abzubauen und aufeinander zuzugehen. Doch befand sich Russland in keiner Position mehr, um den Ton angeben zu können, selbst wenn die Gesten von ihm ausgingen. Bezeichnenderweise spielt Bill Clinton hier auf einem Saxophon, das Boris Jelzin ihm als Geschenk im Rahmen eines privaten Abendessens 1994 überreicht hatte.

wird in allen wichtigen Dokumenten der OSZE genannt, hat jedoch keinen verbindlichen Charakter für die teilnehmenden Staaten.

Vor allem fehlt es an den völkerrechtlichen Durchsetzungsmechanismen. Das Prinzip geht davon aus, dass in Europa die Sicherheit eines Staates unweigerlich mit der Sicherheit der anderen Staaten verbunden ist. Der damalige Generalsekretär der OSZE, Marc Perrin de Brichambaut, umschrieb 2010 das Konzept der

verknüpften Sicherheit mit den Worten: »Kooperation ist nützlich für alle teilnehmenden Staaten, während die Instabilität in einem teilnehmenden Staat das Wohlergehen aller Staaten beeinflussen kann.« Darauf aufbauend, sollte der EST verhindern, dass einige Staaten Europas ihre Sicherheit zu Lasten anderer Staaten verbessern.

Die Durchsetzung dieses Prinzips sollte durch periodische und außerordentliche Konferenzen der Vertragsstaaten ermöglicht werden, mit dem Ziel

dort einstimmig verbindliche Entscheidungen zu treffen (Artikel 6 EST). In diesem Punkt lag der entscheidende Unterschied zur OSZE. Während die Entscheidungen des Ständigen Rates und des Ministerrates der OSZE keine völkerrechtliche Verbindlichkeit aufweisen, hätten Entscheidungen unter dem EST diese gehabt.

Im Unterschied zum UN-Sicherheitsrat wären nach dem EST die für eine Sicherheitsstörung verantwortlichen Länder von der Abstimmung ausgeschlossen. Der EST hätte somit das Potential gehabt, die europäische Sicherheitsarchitektur grundlegend zu verändern. Diese einschneidenden sicherheitspolitischen Ideen waren im Detail weitestgehend nicht ausdefiniert. Vor allem die Ausschluss- und Durchsetzungsmechanismen waren nur vage in dem Entwurf beschrieben.

Aus russischer Perspektive waren die frühen 2000er Jahre vor allem durch ein Erstarken der Nato und der EU gekennzeichnet. Die europäischen Sicherheitsrisiken und -bedenken wurden in diesen Foren ohne die Beteiligung Russlands besprochen. Vor allem in der Terrorismusbekämpfung wurde Russland außen vor gelassen, obwohl Russland damals ebenso wie die westlichen Staaten von schweren islamistisch motivierten Anschlägen getroffen wurde. Diese müssen allerdings im Kontext des andauernden Tschetschenienkonflikts betrachtet werden.

Aus russischer Sicht wäre hier eine Zusammenarbeit daher notwendig und erforderlich gewesen, um sich effektiv gegen die Bedrohungslage verteidigen zu können, auch weil die tschetschenische Exilregierung damals in London saß. Darüber hinaus sind die russischen Sicherheitsinteressen und die der restlichen europäischen Staaten auf Gebieten wie organisierter Kriminalität, humanitärer Hilfe in Krisengebieten, Energie- und Märktesicherheit, Migrationsbewegungen, Klimaschutz, Cyber Crime, Raketenabwehrschilde, sowie die aus russischer

EUROPA UND SEINE NACHBARN: RUSSLAND

Sicht als Bedrohung empfundenen Nato-Osterweiterung miteinander verflochten. Unabhängig davon, ob diese russische Sicherheitsinteressen als legitim zu werten sind, zeigt die vorangehende Aufzählung, dass Anfang der 2000er Jahre ein Kooperationspotenzial in Sicherheitsfragen zwischen Russland und dem Westen bestand.

Versuche der Kooperation wie der Beschluss der Nato-Russland-Grundakte von 1997 und Russlands Einbindung über das Partnership for Peace der Nato waren bereits kurz nach ihren Vereinbarungen umstritten. Beide Seiten werfen sich seitdem fortdauernde Verletzungen der gegenseitigen Verpflichtungen unter diesen Vereinbarungen vor. Dies zeigt, dass das Kooperationspotenzial nicht in echte Kooperation umgesetzt wurde.

Die OSZE war in den 2000er Jahren unzulänglich für eine Abstimmung in Sicherheitsfragen. Dies zeigte sich unter anderem darin, dass zwischen 1999 und 2010 kein einziges Gipfeltreffen der OSZE-Staats- und Regierungschefs abgehalten wurde und die OSZE teils als Überbleibsel des Kalten Krieges bewertet wurde. Die Sicherheitsarchitektur in Europa webte sich nach den alten Mustern weiter, wobei Russland kein gleichberechtigter Platz am Tisch angeboten wurde.

Die Ernsthaftigkeit des russischen Verlangens im europäischen Sicherheitsspektrum mitreden zu können, lässt sich anhand der Vorgehensweise der russischen Regierung erkennen. Anstatt des zurückhaltenden und reaktiven Kurses in den internationalen Beziehungen, den Russland unter seinem damaligen Präsidenten Boris Jelzin und der ersten Amtszeit von Präsident Wladimir Putin verfolgte, nahm die Medwedew-Regierung einen proaktiven und optimistischen Kurs ein. Außenminister Sergei Lawrow setzte sogar den Schwerpunkt seiner Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen 2010 auf den EST.

Die OSZE nahm den russischen Vorschlag positiv auf. Der EST wurde sowohl als Reformaufforderung sowie als Reformvorschlag an die Organisation aufgefasst. Unter anderem wurde der sogenannte »Korfu Prozess« ins Leben gerufen, der eine Stärkung der OSZE als Ziel hatte. 2009 und 2010 wurde in diesem Format die Institutionalisierung und Anpassung der OSZE diskutiert und führte zu dem ersten Gipfeltreffen seit elf Jahren in Astana, Kasachstan.

Über eine Bestätigung der bisherigen Ziele und Werte der OSZE hinaus konnten auf dem Gipfel im Dezember 2010 jedoch keine Ergebnisse erzielt werden (»Astana Commemorative Declaration«).

Vor allem wurde im Nachlauf des Gipfels der »Korfu Prozess« nicht weiterverfolgt und die Idee des EST verlor immer weiter an Bedeutung.

Die Nato-Mitglieder waren gegenüber dem EST generell kritisch eingestellt. Durch die Einführung eines zentralen Sicherheitsgremiums in Europa wäre die Bedeutung und der Einfluss der Nato gesunken. Vor allem die USA sahen keinen Grund dafür, die europäische Sicherheitsarchitektur zu ändern.

Dies wurde mit dem andauernden Frieden in Europa nach dem Kalten Krieg begründet. Russland wurde darüber hinaus vorgeworfen, durch den EST die menschenrechtlichen und wirtschaftlichen



Ebenfalls ein Bild wie aus einer anderen Zeitrechnung, dabei gerade mal sieben Jahre alt – entstanden auf dem G20-Gipfel in Toronto. Es scheint, als sei hier eine Achse Moskau-Berlin-Paris zum Greifen nahe. Aber da saß noch ein anderer Präsident im Kreml, und die Krim gehörte noch zur Ukraine.

Foto: Medwedev Merkel Sarkozy at Toronto G20 / www.kremlin.ru / CC BY 4.0

EUROPA UND SEINE NACHBARN: RUSSLAND

Dimensionen aus der europäischen Sicherheitsmatrix ausklammern zu wollen.

Zu beachten ist dabei auch, dass Russland bereits im Jahr 2008 sich in den georgischen Konflikt in Südossetien und Abchasien militärisch eingemischt hatte. Unter Nato-Ländern weckte daher der Vertragsvorschlag Misstrauen. Aus ihrer Sicht hätte die Abschwächung der Nato Russland die Möglichkeit gegeben, seine Machtansprüche in Europa ungehindert umzusetzen.

Zu dieser Zeit hatten jedoch Experten in der OSZE bereits erkannt, dass die russischen Sicherheitsbedenken nur unzulänglich in den aktuellen Foren angesprochen wurden. Generalsekretär de Brichambaut erklärte, dass die Nato Osterweiterung als ein Verstoß gegen das Prinzip der verknüpften Sicherheit gewertet werden könne und daher eine intensivere Diskussion notwendig sei. Außerdem waren die Charta von Paris und die Sicherheitscharta von Istanbul auf eine fortschreitende Verflechtung der teilnehmenden Staaten der OSZE ausgerichtet. Die Institutionalisierung der OSZE durch ein Statut wie den EST wäre demnach ein logischer nächster Schritt gewesen. Die Abkehr von diesem Ziel war somit auch ein Bruch mit dem eingeschlagenen Weg.

Als die Diskussionen über den EST nach dem Astana-Gipfel nicht wiederaufgenommen wurden, kehrte Russland der Idee einer pan-europäischen Sicherheitsarchitektur den Rücken. Die außenpolitischen Bemühungen fokussierten sich auf den eurasischen Raum, welche in der Gründung der eurasischen Wirtschaftsunion im Jahr 2015 aufgingen. Anstatt diplomatisch seinen Positionen Ausdruck zu verleihen, setzte Moskau sein Militär ein um an den sicherheitspolitischen Verhandlungstisch zurückzukehren – wie die Beispiele Syrien, Ukraine, Moldawien und Georgien zeigen. Inwiefern die Abkehr von dem EST sich auf die europäische Sicherheitspolitik auswirkte, kann



Und heute? Die offene Tür zum Haus Europa ist für Russland noch nicht geschlossen, doch die Zeiten des Händchenhaltens sind vorerst vorbei. Es ist kompliziert.

beispielhaft am Ausbruch der Maidan-Proteste in Kiew von 2013 dargestellt werden. Der ehemalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowytsch verweigert die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der EU kurz vor dem geplanten Unterzeichnungstermin. Maßgeblich für das Verhalten von Janukowytsch soll die Einflussnahme des russischen Präsidenten Putin gewesen sein. Dieser drohte der Ukraine mit »ernsten Konsequenzen«.

Dies zeigt, dass das Assoziierungsabkommen für Russland ein Sicherheitsbedenken darstellte. Es wäre ein Thema gewesen, dass nach russischer

Vorstellung unter dem EST verhandelt worden wäre. Nach den Vorschriften des EST hätten darüber hinaus die russischen Aggressionen in der Ostukraine und auf der Krim zu einer Sanktionierung Russlands durch den Beschluss einer Vertragsstaatenkonferenz geführt, während Moskau kein Stimmrecht gehabt hätte. Russland war aber nicht in die Erörterungen über das Assoziierungsabkommen eingebunden und verließ seinen Bedenken militärischen Nachdruck. Das Resultat: die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und bisher 10.000 Tote in einem festgefahrenen Konflikt in der Ostukraine.

EUROPA UND SEINE NACHBARN: RUSSLAND

Inwiefern diese normative Vorstellung mit der Realität übereingestimmt hätte, ist schwierig zu beurteilen. Praktische Probleme, wie zum Beispiel das russische Leugnen des Einsatzes russischer Soldaten in der Ostukraine, hätte auch eine Organisation unter dem EST vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt. Wie genau eine Einordnung von militärischen Aggressionen unter dem EST verlaufen wäre, wurde nicht weiter beschrieben. In diesem Zusammenhang ist jedoch festzuhalten, dass alle Vertragsentwürfe auf dem internationalen Parkett erheblich durch Verhandlungen verändert werden und relevante Feststellungsmechanismen häufig durch kleinschrittige Feststellungsverfahren geregelt werden. In der »Konvention über internationale Wasserläufe« ist zum Beispiel ein kleinschrittiger Prozess vorgeschrieben, wie eine Verletzung von Anrainerrechten festgestellt wird.

Ob die unterbliebene Verabschiedung des EST eine verstrichene Möglichkeit für anhaltenden Frieden in Europa darstellt, kann daher unterschiedlich bewertet werden. Zum einen hätte Russland dieses Forum verwenden können, um zweifelhafte außenpolitische Ziele umzusetzen. Die Ukraine ist ein souveräner Staat und darf daher seine eigenen Bündnispartner wählen. Dies wird so in der Charta von Paris und der Sicherheitscharta von Istanbul festgehalten. Wären die Bedenken Russlands bezüglich des Assoziierungsabkommens als legitime Sicherheitsbedenken unter den EST verstanden worden, hätte dies zu einer Abschwächung des integralen Sicherheitsprinzips der OSZE geführt. Andererseits muss festgestellt werden, dass es bestehende Sicherheitsinteressen in Russland gibt, unabhängig davon, ob sie als legitim oder illegitim bewertet werden. Eine pan-europäische Sicherheitsordnung, in welcher die Mitglieder verbindliche Entscheidungen treffen können, wäre ein Mittel um unilaterale Aktionen Russlands einzuschränken. Die bisherigen Foren,

die sich mit der möglichen Lösung, gerichtlichen Klärung oder Aufarbeitung des Ukraine-Konfliktes beschäftigt haben (Minsker Abkommen, Normandie-Format, UN-Sicherheitsrat, OSZE, EU, Europarat, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Nato, Nato-Russland-Rat, G8, G20, Münchener Sicherheitskonferenz, Internationaler Strafgerichtshof, Internationaler Gerichtshof), konnten dies nicht erreichen. Diesen Foren und Organisationen fehlt es entweder an rechtlicher Verbindlichkeit, hinreichender russischer Mitwirkung oder der russischen Anerkennung als legitimes Forum zur Beilegung sicherheitsrelevanter Fragen.

Erschwerend hinzu kommt, dass die bestehenden Foren immer weniger zum Dialog verwendet werden, oder Russland, wie im Fall der G8, herausgedrängt wird. Die Frage, ob durch den EST der Ukraine-Konflikt verhindert oder gelöst worden wäre, bleibt Spekulation. Nach der Vorstellung Russlands hatte er jedoch genau die Eigenschaften, die es den anderen Foren zurzeit zur Lösung des Konflikts fehlt. Insbesondere die Möglichkeit, verbindliche Entscheidungen gegen Friedensstörer zu treffen, wäre aus normativ-institutioneller Sicht eine Mittel gewesen, den interstaatlichen Frieden in Europa zu bewahren. Diese Option ist, unter anderem wegen mangelnder Diskussionsbereitschaft des Westens über den EST, verstrichen.

In der aktuellen Lage scheint ein ambitioniertes pan-europäisches Sicherheitsprojekt wie der EST unrealistisch. Zu groß sind die Differenzen zwischen der EU, Russland und den USA, um sich auf eine gemeinsame Sicherheitsordnung einigen könnten. Allerdings kann das Ziel der Schaffung einer verbindlichen europäischen Sicherheitsordnung Russland zu Handlungsbereitschaft in den festgefahrenen Konflikten bewegen. Die Aussicht, verbindliche Entscheidungen auf der europäischen Sicherheitsebene treffen zu können, ist anhand der

angespannten Sicherheitslage vorteilhaft für die Interessen aller Seiten. Die Handlungen Russlands in den Konfliktgebieten der Welt sind in keiner Weise zu rechtfertigen. Allerdings ist ein andauernder Frieden in Europa nur dann möglich, wenn alle an dessen Erhaltung beteiligt sind und die Friedenserhaltungsprozesse institutionalisiert werden. Eine Stärkung und behutsame Institutionalisierung der OSZE und dessen Rolle in der pan-europäischen Sicherheitsarchitektur wäre dafür ein erster und wichtiger Schritt.

Florian Kriener ist studentische Hilfskraft im OSZE-Projekt des Max-Planck-Instituts für vergleichendes öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg. Der Autor dankt Carolyn Moser von MPI für ihre Anregungen und Kommentare. Die Darstellungen entsprechen den persönlichen Ansichten des Autors und stellen nicht die Position des Max-Planck-Institutes dar. ...

Quellen und Links:

de Brichambaut, Marc Perrin, »The Indivisibility of Euro-Atlantic Security«, Opening Speech at the 18th Partnership für Peace Research Seminar, 4. Februar 2010.

Nato, »NATO-Russia relations: the facts«.

CORE Working Paper von Zagorski, Andrei, »The Russian Proposal for a Treaty on European Security: From the Medvedev Initiative to the Corfu Process«, Juni 2010.

Medvedev, Dmitry, The draft of the European Security Treaty, 29. November 2009.

Weitz, Richard, »The Rise and Fall of Medvedev's European Security Treaty. On Wider Europe.« The German Marshall Fund of the United States Publications, Mai 2012.



(DES)INFORMATION? RUSSLANDS EINFLUSS IN DEUTSCHLAND

VON NICOLA HABERSETZER

Seit 2014 arbeiten die vom russischen Staat finanzierten Medienanstalten Russia Today und Sputnik auch in Deutschland. Handelt es sich bei diesen Sendern um seriösen Journalismus oder russische Propaganda? Mit welchen Strategien arbeiten sie und welche Ziele werden verfolgt? Eine Analyse der jüngsten Inhalte gibt Aufschluss.

Angefangen beim Hackerangriff auf den Deutschen Bundestag im Sommer 2015, der mit dem russischen Hackerkollektiv »APT28« in Verbindung gebracht wird, über Berichte von »Trollfabriken«, von denen aus gezielt die öffentliche Meinung in Europa beeinflusst werden soll, bis hin zur Unterstützung des Kremls von populistischen Bewegungen in ganz Europa: Die Einflussnahme Russlands auf die westlichen Demokratien beschäftigt die öffentliche Diskussion seit Monaten.

Ein beliebtes Mittel zur Vergrößerung des Einflusses im Ausland, stellen für viele Staaten Auslandsnachrichtensender dar. Auch Russland unterhält sollte Rundfunkanstalten in Deutschland.

EUROPA UND SEINE NACHBARN: RUSSLAND

Zu den bekanntesten zählen Russia Today und Sputnik. Wie nutzt Russland diese Kanäle? Welche Ziele stecken dahinter und wie setzen die Beteiligten diese in Strategien um?

Der 2005 ins Leben gerufene und staatlich finanzierte Auslandsnachrichtensender Russia Today ging 2013 zusammen mit dem Auslandsradiosender Stimme Russlands, der Nachrichtenagentur RIA Novosti und der an Russia Today angeschlossenen TV-Agentur Ruptly im Medienunternehmen Rossija Sewodnja (dt. »Russland heute«) auf. Seit 2014 betreibt Rossija Sewodnja neben dem inzwischen als RT abgekürzten Sender auch das Nachrichtenportal Sputnik und den Radiosender SNA Radio.

RT, das den Untertitel »Question more« trägt, und mittlerweile in sechs Sprachen verfügbar ist, wird nach eigenen Angaben von 664 Millionen Haushalten weltweit empfangen. Über tatsächliche Zuschauerzahlen und Einschaltquoten werden jedoch keine Angaben gemacht. Stattdessen wirbt der Sender damit, dass seine YouTube-Kanäle zusammen bis September 2017 fünf Millionen Aufrufe verzeichneten. Dass YouTube-Zugriffe für geringe Beträge gekauft werden können und eine solche Zahl deswegen nur bedingt aussagekräftig ist, lassen die Verantwortlichen dabei unerwähnt.

Im Herbst 2014 ging der deutsche Ableger von RT auf Sendung. Laut Selbstdarstellung auf seiner Facebookseite wird mit RT Deutsch ein »Gegenstandspunkt« zu einem »einseitigen und oft interessengetriebenen Medien-Mainstream gesetzt«. »Alternative, unkonventionelle Sichtweisen« sollen präsentiert werden; das Leitbild lautet »Wir zeigen nicht das ganze Bild, aber dafür den fehlenden Teil«.

Sowohl Sputnik als auch RT veröffentlichen eine Mischung aus äußerst kritischer Berichterstattung über den Westen, positiven Russlandberichten und Boulevardinhalten. Das Schlagwort »Russophobie« tragen Berichte wie »Trauerspiel statt Thriller:

Deutsche Medien erneut als antirussische Propagandisten« (Sputnik) oder »Russland als ewiger Feind: Russophobie als Bestandteil der westlichen Identität« (RT), beide aus dem August 2017.

Die deutschsprachigen Outlets der russischen Staatsmedien schaffen es durch die sowjetische Vergangenheit und den anti-imperialistischen Standpunkt sowohl die politische Linke ins Boot zu holen als auch durch ihre nationalistisch-konservativen Werte die Rechte einzubinden. RT bietet also dem rechten und dem linken Rand eine Plattform: Vertreter*innen von AfD und der Partei

Die Linke sind gern gesehene Studiogäste. Ferner äußerte sich die ehemalige Tagesschau-Sprecherin Eva Herman zum Thema »Deutschland wird zum Umsturzland - Flüchtlinge eine Waffe?«. Herman wurde 2007 von der ARD aufgrund positiver Äußerungen zur Familienpolitik im dritten Reich entlassen. Daneben referiert der als Verschwörungstheoretiker kritisierte Christoph Hörstel zur angeblichen US-amerikanischen Besatzung Deutschlands. Auch der wegen massiver Menschenrechtsverletzungen in die Kritik geratene philippinische Präsident Rodrigo Duterte äußert sich in einem RT-Interview mit dem Titel »Westen



RT-Moderatorin Jasmin Kosubek im Januar 2015 zum Thema »Pegida mal anders mit Jürgen Elsässer«. Der Chefredakteur des Magazins »Compact« gilt als eine der Hauptfiguren der deutschen Querfront-Szene. Im Sommer des gleichen Jahres dann das Zerwürfnis: Elsässer wünscht sich vom russischen Präsidenten Putin die Absetzung der deutschen RT-Redaktion wegen antideutscher Hetze und der Bezeichnung seiner Person als »Selbstdarsteller«.

Foto: Screenshot von Karl-Ludwig Poggemann / flickr / CC BY 2.0



Der Fall Lisa F. im Januar 2016 – was zunächst als Medienkampagne gestartet war, entwickelte sich schließlich zum Politikum als der russische Außenminister Sergei Lawrow deutschen Behörden vorwarf, sie würden die Vergewaltigung einer russisch-deutschen Minderjährigen vertuschen.

ist doppelzünftig, ich will mehr Verbindungen mit China und Russland«. Themen, die westliche Demokratien in Frage stellen, sind offenbar der fehlende Teil, den RT darstellt.

In diesem Kanon werden durchaus auch Grundsätze des guten Journalismus missachtet. So titelte RT im Dezember 2016 »Signal gegen Moskau – USA verlegen 2.000 Panzer und die 10. Luftwaffenbrigade nach Deutschland« über die Operation Atlantic Resolve. Bei dieser Zahl handelte es sich jedoch nicht nur um Panzer, sondern um die Militärfahrzeuge insgesamt; darunter 87 Kampfpanzer, 18 Panzerhaubitzen und

144 Bradley-Kampffahrzeuge sowie Sanitätsfahrzeuge und Autoanhänger. Hinzu kommt, dass diese auf Deutschland, Polen, Rumänien, Bulgarien und die baltischen Staaten verteilt wurden, was in dem entsprechenden Artikel nur nebensächlich erwähnt wird. Die Aussage, die RT mit seiner Überschrift impliziert, ist also im besten Fall als schlechter Journalismus und im schlimmsten Fall als gewollte Manipulation der Leserschaft zu werten.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, mit welchen Internetseiten sowohl RT Deutsch als auch Sputnik besonders eng verwoben sind. Unter den Seiten, die am häufigsten auf RT und Sputnik verlinken, befinden sich laut der Analyseseite SimilarWeb unter anderem die Reichsbürgerwebsite Terra Germania, die ausländerfeindliche Verschwörungstheorieseite hartgeld.com sowie die rechte opposition24 (»Nachrichten aus der Postdemokratie«). Unter den von Leser*innen häufig besuchten weiteren Webseiten finden sich die DeutscheWirtschaftsNachrichten, die nicht per se unseriös sind, aber oftmals alarmistisch berichten, das verschwörungstheoretische Pravda TV und die nachweislich Falschmeldungen verbreitende Epoch Times. Die meisten dieser Seiten sind personell sowie in Hinblick auf ihre Verlinkungen eng miteinander verbunden und bilden eine eigene Echokammer – zu der auch RT und Sputnik gehören.

Die, gemessen an der Zahl der Aufrufe, erfolgreichsten RT Deutsch Clips auf YouTube bestätigen dieses Bild: Neben Boulevardthemen wie »Vierjährige Moskauerin spricht sechs Sprachen« geht es vor allem um eskalierte Demonstrationen (»Eskalation bei AfD-Marsch«), Schlägereien (»Kurden gegen Türken«) und Terroranschläge in aller Welt. Auf dem dritten Platz der Aufrufe rangiert, hinter einem Femen-Protest und Aufnahmen einer Pyramidenbesteigung, ein Video mit dem Titel »Journalistin zerlegt in den UN in 2

Minuten die Glaubwürdigkeit der Mainstream-Presse zu Syrien«. Besonders erfolgreich sind außerdem die unkommentierten Live-Mitschnitte von Pegida-Demonstrationen und den G20-Protesten.

Im Juli 2017 generierten die 51 Videos zum G20-Gipfel und insbesondere der Ausschreitungen, darunter 45 Stunden Live-Video, 64 % der Klicks von RT Deutsch auf YouTube. Die 23 erfolgreichsten der insgesamt 330 Videos aus dem Juli 2017 handeln alle vom Treffen der G20-Regierungschefs, mit einer Ausnahme: Auf Platz zehn hielt sich der Beitrag »Putin schmeißt ne Runde Eis und zwingt Kollegen, Trinkgeld springen zu lassen«.

Die sonstige Berichterstattung bezog sich im Juli 2017 besonders auf die Russische Föderation, Europa sowie Deutschland jenseits von G20. Während in Hinblick auf Russland besonders die US-Sanktionen thematisiert und Boulevard-Beiträge wie »Bär fährt in Motorradgespann mit und grüßt Autofahrer« veröffentlicht wurden, behandelten Videos zu Deutschland und dem restlichen Europa vor allem die Beziehungen zu Russland, den USA und den vermeintlichen Problemen von Migration. Die Ukraine wurde hingegen nur in zwei Videos ausführlich thematisiert, diese hatten zudem im Vergleich zum Monatsdurchschnitt nur wenige Aufrufe.

Diese Beispiele verdeutlichen das von RT vermittelte Bild: Deutschland und die westliche Welt stünden vor dem Abgrund, während Russland zwar vom Westen ungerechtfertigter Härte ausgesetzt, aber dennoch eine starke Nation unter starker Führung sei.

Den Vorwürfen von Fake News, die besonders im Fall der angeblichen Vergewaltigung der 13-jährigen Deutschrussin Lisa im Dezember 2016 aufkamen, begegnet RT offensiv: Die Berichterstattung deutscher Medien über den Beitrag von RT Deutsch bezeichnet der Sender

selbst als »Fake News« über RT. Seit Frühjahr 2017 gibt es sowohl auf der englischen Hauptseite, als auch bei RT Deutsch einen »Fakecheck«, der 15 Fälle von angeblichen Falschmeldungen aus anderen Medien analysiert. Die bis August 2017

aufzuklären, dass es sich um einen Fake handelt oder die Satire zwischen den Nachrichtenmeldungen kenntlich zu machen.

Mit Kritik an der Mainstreampresse halten sich RT und Sputnik nicht zurück. Den etablierten

Eine deutsche Strategie für den Umgang mit russischer Propaganda scheint bislang zu fehlen.

veröffentlichten Fälle behandelten ausschließlich die Themen Russland, RT, Donald Trump und Syrien. In der Projektbeschreibung gibt RT Deutsch an: »Fakten sind die ersten Opfer von Informationskriegen. Überprüfung von nüchternen Fakten und die Liebe zum Detail sind entscheidend für die Beibehaltung von Objektivität und einer klaren Vision. RT hilft Ihnen, Fakt von Fake zu unterscheiden.« Mehr Liebe zum Detail wäre RT jedoch in vielen Fällen zu wünschen. Beispielsweise bei dem erfolgreichen, oben erwähnten YouTube-Video »Journalistin zerlegt in den UN in 2 Minuten die Glaubwürdigkeit der Mainstream-Presse zu Syrien«: Bei der angeblichen Journalistin handelt es sich um die Pro-Assad-Aktivistin Eva Bartlett, die Pressekonferenz fand nicht bei der UN, sondern in den Räumlichkeiten der ständigen Syrischen Vertretung bei der UN statt. Über diese Details informiert der Beschreibungstext des Videos jedoch nicht.

Auch Sputnik arbeitet mit fragwürdigen Mitteln: Im August 2017 berichtete das Portal unter der Überschrift »Bundesregierung bestätigt Chemtrailprojekte« über einen Artikel der Satireseite Paul Newsman und die Reaktionen darauf – ohne jedoch die Leserschaft darüber

Medien werfen sie anti-russische Propaganda vor. Im Juni 2017 griff RT die Berichterstattung der Deutschen Welle (DW) in russischer Sprache an, der zweiteilige Artikel trug den Titel »Deutsche Welle vs. RT Deutsch: Wer macht hier tatsächlich »Propaganda«?«. Mit Whataboutism, der Ablenkung von Kritik durch Hinweise auf andere reale oder vermeintliche Missstände – einer in der damaligen Sowjetunion beliebten Propagandatechnik – begegnete RT der Anschuldigung russische Propaganda zu verbreiten. Der DW wurde Russophobie und einseitige Berichterstattung vorgeworfen.

Die Verantwortlichen von RT wännen sich in einem Informationskrieg. Schon 2014 bezeichnete Margarita Simonjan, Chefredakteurin von Rossija Sewodnja, den Umgang westlicher Journalisten mit RT als Medienkrieg, der gegen den Sender geführt werde. Vor diesem Narrativ erscheinen der harte Umgang mit den deutschen Medien und die dafür genutzten Mittel verständlich.

Fakten spielen eine untergeordnete Rolle dabei, dem westliche Journalismus und die Politik gezielt in Frage zu stellen. Das Ziel scheint zu sein, Zweifel in der Bevölkerung zu säen. Die Strategie dabei: Das Vertrauen in die Medien und in die Behörden wird

untergraben, russlandfreundliche Bewegungen in Deutschland gestärkt. Gleichzeitig können anti-russische Ressentiments als Reaktion auf die Berichterstattung von RT oder Sputnik auch dafür genutzt werden, um der russischen Bevölkerung ein Bild des russophoben Westens zu vermitteln, wie Robert Pszczel, Direktor des NATO Information Office in Moskau gegenüber der New York Times, zu bedenken gab.

Bei RT und Sputnik handelt es sich nicht durchgängig um Fake News, aber um tendenziöse Berichterstattung, die klar darauf ausgerichtet ist, nicht nur das Russlandbild der deutschen Öffentlichkeit zu verbessern, sondern Misstrauen gegen die Integrität der deutschen Behörden und der freien Presse als »vierte Gewalt« zu wecken – kurzgefasst: Propaganda. Eine deutsche Strategie, wie damit umzugehen ist, scheint bisher zu fehlen.

Nicola Habersetzer studiert im Master Politikwissenschaften in Potsdam und Moskau. Sie ist Vorsitzende der Berliner Arbeitsgruppe für Sicherheitspolitik.

...

Quellen und Links:

[Factsheet zur Operation Atlantic Resolve. Webpräsenz der U.S. Army Europe.](#)

[Kommentar von Margarita Simjonan „About Abby Martin, Liz Wahl and media wars“, rt.com vom 06.03.2014.](#)

[Reportage von Steven Erlanger in der New York Times „Russia's RT Network: Is It More BBC or K.G.B.“ vom 08.03.2017.](#)

»Führungsmacht Deutschland: Strategie ohne Angst und Anmaßung«

Da ist sie mal wieder: die Forderung nach mehr Strategie(-fähigkeit) in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Wie Deutschland diese stärken und so »dienend« führen kann, beschreiben der Think-Tanker Jan Techau und der Journalist Leon Magasarian in einem Essay.

Was ist für Deutschland zu tun, wenn die USA als Partner wegbrechen und unter Präsident Trump die EU gar torpedieren, während Russland in Osteuropa die nach dem Kalten Krieg etablierte Friedensordnung offen attackiert und im Fernen Osten neue Großmächte kontinuierlich aufsteigen? »Führen!«, lautet die Antwort der Autoren. Damit dies ohne »Angst und Anmaßung« gelingen kann, bedienen sich die Autoren einem Führungskonzept aus dem Businessbereich, der sogenannten »Servant Leadership«.

Dessen zentraler Gedanke ist »die Idee vom Anführer, der sich zuerst als Diener der Menschen und Institutionen sieht, die ihm anvertraut sind.« In der Praxis heißt dies, dass Deutschland in Zukunft auch verstärkt finanzielle Kosten auf sich nehmen sollte, um den multilateralen Rahmen der EU zu stärken und so letztlich die Lücke zu füllen, welche die USA auf der Weltbühne hinterlassen. Das erfordere zunächst die Formulierung einer Strategie und die Festlegung nationaler Interessen.

Wie eine Strategie(-bildung) im Sinne der Autoren jedoch mit den sich scheinbar immer dynamischer vollziehenden Veränderungen der Konstellationen und Sicherheitsherausforderungen des internationalen Systems umgehen soll, lassen sie unbeantwortet. Das zeigt sich bereits am Beispiel Europas: Hier hat sich in der EU spätestens mit der Wahl Emmanuel Macrons zum französischen Präsidenten und seinen Vorschlägen zu einer Integration der Europäischen Sicherheitspolitik die Mächtekonstellation zumindest scheinbar verändert. Somit auch die Ausgangslage des vorliegenden Buches. Führen ohne Frankreich, das wird schwer – das dafür notwendige außenpolitische Selbstvertrauen aufzubringen jedoch erst recht! Ob eine Bundesregierung bereit ist, die durch dienende Führung steigenden politischen, materiellen und finanziellen Kosten innenpolitisch zu rechtfertigen, steht darüber hinaus in Frage.

Dennoch: pointiert geschrieben arbeiteten sich die Autoren in ihrem Essay an den aktuellen Debatten zu deutscher Außenpolitik ab und geben



Jan Techau & Leon Magasarian

»Führungsmacht Deutschland: Strategie ohne Angst und Anmaßung«

Dtv 2017, 176 Seiten, 20,00 €

einem breiten Publikum somit einen gut verständlichen Einstieg in die Thematik. Besondere Vorkenntnisse sind dazu nicht nötig. Dabei ist besonders das Kapitel zur »strategischen Leichtfertigkeit« der Bundesrepublik hervorzuheben. Zahlreiche lohnenswerte Denkanstöße und einen konzeptuellen Blick über den Tellerrand hinaus bietet das Buch allemal. (fuh) ●●●

»Der Ukraine-Konflikt, Russland und die europäische Sicherheitsordnung«

Der neue Sammelband des Hamburger Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Michael Staack zur Ukraine, Russland und Europa bringt sachliche Ruhe in eine aufgeladene Debatte.

Spätestens seit dem Auftauchen der »Grünen Männer« und der darauf folgenden Eskalation der Gewalt in der Ostukraine befinden sich die Beziehungen zwischen Russland und »dem Westen« im freien Fall. Sanktionen, Drohgebärden und Aufrüstungsspiralen – so mancher fühlt sich derzeit an Zeiten der Blockkonfrontation des »Kalten Krieges« erinnert. In der von Beginn an sehr emotional geführten Debatte ersetzt dabei schnell das durch alte Schubladen im Kopf determinierte Bauchgefühl die kühle, akademisch fundierte Analyse: Während »Putin-Kritiker« existenzielle sicherheitspolitische Gefahren für (Ost-)Europa durch die Machtambitionen eines wiederauferstandenen »Evil Empire« beschwören, sehen die »Putin-Versteher« in der gegenwärtigen Krise vielmehr das Werk eines schattenhaften »US-Imperialismus«, der im Sinne seiner globalen Machtambitionen auch dazu bereit wäre, den europäischen Frieden zu opfern.

Der vorliegende 33. Band des »Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit« (WIFIS) stellt sich gegen diesen Trend. »Einseitige Schuldzuweisungen mögen im politischen Bereich gebräuchlich sein, in der Wissenschaft verbieten sie sich in Bezug auf komplexe Konfliktkonstellationen von selbst« – so formu-

liert der Herausgeber selbst den Anspruch an die folgenden Beiträge ausgesuchter Experten aus Deutschland und Österreich. Diese bieten dann auch tatsächlich sachliche Zwischentöne mit analytischer Tiefenschärfe und machen manchmal sogar Vorschläge für Wege aus der Krise.

Unter den insgesamt hochwertigen und durchweg lesenswerten Beiträgen des Bandes darf insbesondere die fulminante Tour d'Horizon der Beziehungen zwischen Russland und »dem Westen« von Prof. August Pradetto zur anregenden Lektüre empfohlen werden. Der Emeritus der Helmut Schmidt Universität zeigt darin überzeugend, wie nach dem Ende des »Kalten Krieges« alte Denkmuster der handelnden Akteure zu verpassten Chancen der Annäherung führten, die wiederum den Grundstein für die derzeitige Krise legten.

Weitere hervorragende und anregende Beiträge des Bandes sind darüber hinaus etwa der von Brigadegeneral a.D. Klaus Wittmann zum Verhältnis zwischen der Nato und Russland, die Analyse der Entstehungsgeschichte des wenig produktiven Dualismus von »Putin-Verstehern« und »Putin-Gegnern« durch Professor Egbert Jahn oder der von Dr. Ulrich Kühn beschriebene Beitrag der Erosion europäischer Rüstungskontrollmechanismen nach dem Ende des »Kalten Krieges«.



Foto: Verlag Barbara Budrich

Prof. Dr. Michael Staack (Hrsg.)

»Der Ukraine-Konflikt, Russland und die europäische Sicherheitsordnung«

Verlag Barbara Budrich 2017, 200 Seiten, 36,00 €

Wie schon in den vorangegangenen Bänden der Reihe bestechen die mit durchschnittlich etwa 20 Seiten recht knapp gehaltenen insgesamt acht Beiträge durch sprachliche und strukturelle Klarheit und einen aktuellen Anmerkungsapparat, der sie auch als Ausgangspunkt für den interessierten Einsteiger in die Thematik attraktiv macht.

Als willkommene Abkühlung in einer heißgelaufenen Debatte ist dem Band eine breite Leserschaft zu wünschen. (doe) •••

»Kriegsgefahr im Pazifik? Die maritime Bedeutung der sino-amerikanischen Rivalität«

Michael Paul widmet sich einem Thema, das seit geraumer Zeit die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik in Atem hält: Die Auswirkungen und die geo-politische Bedeutung von Chinas Aufstieg auf die eigene Vormachtstellung in der Welt.

Nach einer Einführung in die martimen Aspekte der Geopolitik hat der Autor das Buch in drei Teile aufgeteilt. Der Erste betrachtet China, seine Großstrategie und seine Umsetzung und Anstrengungen auf sicherheitspolitischer Ebene. Darauf folgt der amerikanische Teil mit der Vorgeschichte zur Schwerpunktverlagerung der USA nach Asien. Der dritte Teil widmet sich dann konkret dem martimen Konflikt zwischen den beiden Mächten und endet mit einer abschließenden Bilanz.

Sehr früh macht Paul deutlich, dass eine bahnbrechende Konfrontation der beiden Großmächte in der kommenden Dekade möglich ist – und wir gegenwärtig alle Zeugen des »sich in Position Bringens« für eben diese Auseinandersetzung sind. Ebenso früh wird dem Leser klar, dass der aktuelle Status quo, die amerikanische Vormachtstellung in der Welt, als unverrückbar betrachtet wird und eine Veränderung dieser für den Autor undenkbar ist. Ganz in diesem Sinne malt Paul vor dem geistigen Auge der Leser ein dunkles Bild davon, was mit der Region passieren würde, wenn China in absehbarer Zeit die Fähigkeiten für ein schlagkräftiges, maritimes Säbelrasseln erreichen sollte und Amerika den maritimen Zugang zur Region verwehrte. Das China schon auf Grund seiner Wirtschaftskraft ein großes – und legitimes – strategisches Interesse an sicheren, indo-pazifischen Seewegen hat, wird erwähnt, findet in der Analyse jedoch keinen weiteren Niederschlag. Vielmehr sind die Rollen klar verteilt. Amerika darf neben der Welt auch seine eigenen Interessen sichern, der Weltranglistenzweite möchte sich hingegen bitte mit dieser Situation abfinden.

Das Buch wertet dabei akribisch alles aus, was es zu den Kapiteln an Lektüre gibt – sofern es westlicher Herkunft ist. Chinesische Literatur wird hingegen kaum genutzt. Das hat Folgen, denn so muss vieles im Buch unkonkret bleiben, weil dem Autor schlicht die Informationen fehlen. Das betrifft etwa die Strategie der chinesischen Führung, die genauen Ausgaben für das Militär sowie den Ausbaugrad, die realen Fähigkeiten und Absichten der Volksmarine.

Leider merkt man dem Buch während der Lektüre auch immer wieder an, dass es nicht aus einem Guss geschrieben, sondern – wie in der Einleitung in einer Fußnote angegeben – auf Grundlage vorheriger Veröffentlichungen entstanden ist. Auch das hat Folgen: es liest sich stellenweise etwas zusammenkompiliert. Die Bilanz, die so wirkt, als sei sie für Entscheidungsträger mit wenig Zeit geschrieben, um nach der Lektüre sprechfähig zu sein, überrascht dann – insbesondere da der Hauptteil teilweise wenig konkret bleibt – mit erstaunlich klaren Schlussfolgerungen.

Am Ende der Lektüre wird die eingangs postulierte akute Kriegsgefahr übrigens wieder relativiert, weil das chinesische Militär noch nicht so weit sei und beide Akteure durch ihre Rollen zu sehr gebunden. (jap) ●●●



Michael Paul

»Kriegsgefahr im Pazifik? Die maritime Bedeutung der sino-amerikanischen Rivalität«

Baden-Baden (Nomos Verlag) 2017, 320 Seiten, 64,00 €

nem Guss geschrieben, sondern – wie in der Einleitung in einer Fußnote angegeben – auf Grundlage vorheriger Veröffentlichungen entstanden ist. Auch das hat Folgen: es liest sich stellenweise etwas zusammenkompiliert. Die Bilanz, die so wirkt, als sei sie für Entscheidungsträger mit wenig Zeit geschrieben, um nach der Lektüre sprechfähig zu sein, überrascht dann – insbesondere da der Hauptteil teilweise wenig konkret bleibt – mit erstaunlich klaren Schlussfolgerungen.

Am Ende der Lektüre wird die eingangs postulierte akute Kriegsgefahr übrigens wieder relativiert, weil das chinesische Militär noch nicht so weit sei und beide Akteure durch ihre Rollen zu sehr gebunden. (jap) ●●●

ganz neue Methoden...



ADLAS – Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik betritt Neuland und macht akademische Erkenntnisse verständlich. Das eJournal informiert über Außen- und Sicherheitspolitik, regt zum Diskutieren an und bringt Themen in die Debatte ein.

Außergewöhnlich ist sein Anspruch: aus dem akademischen Umfeld heraus einen Ton finden, der den Bogen zwischen Fachsprache und Verständlichkeit schlägt. **ADLAS** – Wissenschaft auf Deutsch.

ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen und besteht seit 2007. Er erscheint seit 2010 als bundesweites, überparteiliches, akademisches Journal, herausgegeben für den Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH).

Der ADLAS ist zu beziehen über www.adlas-magazin.de.

Herausgeber: Stefan Dölling
c/o Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

Redaktion: Laura Brehme (lbr), Stefan Dölling (doe), Jan Fuhrmann (fuh), Björn Hawlitschka (haw), Philipp Janssen (jap), Stefan Mehrens (stm), Leonie Munk (mun), Moritz Rudolph (rud), Mirjan Schulz (msc) (V.i.S.d.P.)

Layout & Bildunterschriften: Björn Hawlitschka

Autoren: Moritz Brake, Nele Marianne Ewers-Peters, Nicola Habersetzer, Steven Kleemann, Florian Kriener, Jerome Kuchejda, Benedikt Roelen, Philipp Starz, Stefan Wolfrum

Danke:

Copyright: © ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich; ihre Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des BSH wieder.

DER BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen.

Weitere Informationen zum BSH gibt es unter www.sicherheitspolitik.de.

...



Foto: Falloutisenswiki von Balduranti / wikipedia / CC BY-SA 4.0

AUSGABE 1/2018

Strahlende Zukunft

Es wird wieder nukular, Baby

Der Call for Paper läuft noch bis zum 14.01.2018. Einsendungen an:

adlas@sicherheitspolitik.de. Weitere Infos: <https://adlasmagazin.wordpress.com>.